

Bernie Sanders - Warum ist er so populär?

Jan Hektik

Als linker Kandidat tritt Bernie Sanders in den US-amerikanischen Vorwahlen der Demokrat_Innen an, in denen entschieden wird, wer als demokratischer Präsidentschaftskandidat antreten darf. Dabei ist er nur noch zu zweit im Rennen gegen seinen Kontrahenten Joe Biden. Dieser ist der Kandidat des Establishments (also der bürgerlichen Führungsriege) und hat vor allem aufgrund der Unterstützung des Parteiapparats inklusive einiger Medienhäuser einigermaßen Vorsprung. Sanders kann sich auf diese nicht verlassen. Er wird von der Parteiführung und der Presse gleichermaßen gehasst. Und das aus den selben Gründen, wieso er große Unterstützung vor allem bei jüngeren Menschen genießt: Seine politischen Positionen, welche aktuelle schwerwiegende Probleme in den USA ansprechen. Er bezeichnet sich selbst als democratic Socialist (demokratischer Sozialist), was heißt, dass er sich in seinem Wahlkampf auf Reformen im Interesse der arbeitenden Klasse¹ fokussiert und diese gezielt anspricht. Sein Hauptslogan ist „not me, us“ (nicht ich, sondern wir) und unterstreicht damit die aufkommende linke Massenbewegung, die ihn unterstützt und dafür gesorgt hat, dass er die meisten Einzelspenden für eine_N Präsidentschaftskandidat_In in der Geschichte der USA erhalten hat. Er nimmt keine Spenden von Konzernen an und verweigert eine Zusammenarbeit mit ihnen. Er fordert höhere Steuern für Reiche, Investitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und Umweltschutz sowie die Schwächung der Macht der großen Konzerne in den USA. Speziell aber feiern ihn seine Unterstützer_Innen für seinen Plan, ein einheitliches Krankenversicherungssystem zu schaffen, in dem jeder Mensch je nach Einkommen einzahlt und die gleichen (weitreichenden) Leistungen bekommt (Single-Payer-Health-Care-System). Dies würde sogar gegenüber europäische Staaten einen Fortschritt darstellen, da auch hierzulande private Krankenversicherungen bestehen und sich die Reichen von den Kosten der Gesundheitsversorgung der Armen befreien. Für die USA ist es ein umso

krasserer Wandel, da es praktisch keine flächendeckende, staatliche Krankenversicherung gibt. Ein bedeutender Teil der US-amerikanischen Bevölkerung ist überhaupt nicht versichert, ein noch größerer Teil ist unversichert, sodass sie für die meisten Leistungen draufzahlen müssen und das bei massiv höhere Ausgaben für die Gesundheitsversorgung als in Europa. Dieses System ist gut für die Reichen, die sich eine umfassende Gesundheitsversorgung leisten können oder sogar im Gesundheitssektor daran verdienen, und lässt die Armen ohne Möglichkeit zurück, sich um ihre Versorgung anständig zu kümmern, ohne gleichzeitig unter einem Schuldenberg begraben zu werden. Es wird geschätzt, dass mehrere Zehntausende Menschen jedes Jahr sterben, weil sie sich weder die Versicherung noch die Behandlung leisten konnten. Aktuell zeigt sich das Problem der fehlenden Versicherung an der Ausbreitung des Corona-Virus, weil viele Menschen sich weder einen Test, noch die Behandlung leisten können und oftmals wird der Lohn nicht weitergezahlt, wenn man krank daheim bleibt. Deshalb ist insbesondere diese Forderung unfassbar beliebt und zwar in mehr oder weniger allen Wahlgruppen, inklusive der Unterstützer_Innen des Establishments der Demokraten und den Unterstützer_Innen der republikanischen Partei.

Chancen und Schwächen

Neben den offensichtlichen Vorteilen, die eine Umsetzung dieser Politik bedeuten würde, gibt es sogar noch bedeutendere Chancen, die allein schon durch seinen Wahlkampf und Medienpräsenz erreicht werden. Zunächst einmal erleichtert es die Arbeit von Kommunist_Innen extrem, dass er einen vollständig neuen Fokus in der US-amerikanischen Politik setzt und zwar in mehrerer Hinsicht: Erstens wird durch seine Popularität der Begriff „Sozialismus“, der in den USA für gewöhnlich mit „Unfreiheit“ gleichgesetzt wird, neu und dabei deutlich positiver belegt. Zwar ist Sanders politisch eher als linker Sozialdemokrat einzuordnen, jedoch bezeichnet er sich selbst als demokratischer Sozialist und ein großer Teil der Jugend verbindet mit dem Begriff Sozialismus nun soziale Politik wie eine allgemeine Gesundheitsversorgung. Zweitens ist er gezwungen, seinen Wahlkampf weg von identitätspolitischen Schwerpunkten hin zu programmatischen Fragen

auszurichten. Als weißer heterosexueller Mann über 70 kann man halt schlecht sagen, dass man deswegen gewählt werden sollte, weil man weiblich (Hillary Clinton), Person of Colour (Barack Obama), jung und/oder LGBTIA ist (Pete Buttigieg). Dieser Fokus auf die Person ist aber absolut üblich in der US-amerikanischen Politik („Wählt mich, denn ich bin toll“ anstatt „Wählt mich, denn ich möchte tolle Politik machen“). Und drittens spricht er die Frage der Klasse an und stellt klar heraus, dass die Interessen der Reichen und die Interessen der arbeitenden Klasse entgegengesetzt sind und dass momentan eine Politik gegen die Interessen der arbeitenden Klassen gemacht wird. Dies sind alles Punkte, die im Programm von Sanders liegen und dafür sorgen, dass sich die Situation in den USA für linke Kräfte massiv verbessert.

Schließlich führt das Establishment der Demokrat_Innen einen schmutzigen Kampf gegen Sanders und versucht mit aller Kraft zu verhindern, dass er Kandidat wird. Verleumdungen, undemokratische Tricksereien beim Wahlvorgang (z.B. Behinderung der Wahlen in Gegenden, wo demographisch viele Sanders-Supporter wohnen) und Hinterzimmerdeals zwischen den restlichen Kontrahent_Innen sind da nur einige der Manöver. Dies macht allen Unterstützer_Innen dieser Politik klar, dass die demokratische Partei eine Partei der herrschenden Klasse ist und ihnen die Interessen der arbeitenden Klasse und der unterdrückten Gruppen scheiß egal sind. Dieser Konflikt wird Sanders zwar aufgezwungen, bietet jedoch die größte Chance einer Arbeiter_Innenpartei in den USA seit Jahrzehnten, da es dadurch immer leichter wird, klar zu machen, auf welcher Seite die Demokrat_Innen wirklich stehen. Viele in der Bewegung radikalisieren sich dadurch zunehmend und verlangen nach einer Politik, die sich nicht nur weg von der Demokratischen Partei sondern auch weg vom bloßen Parlamentarismus hin zu einem Kampf auf der Straße und in den Betrieben wendet.

Genau hier liegen aber auch die Schwächen von Sanders. Seine Politik hat Grenzen und falsche Grundannahmen, indem er zwar durch die Reformen eine massive Verbesserung erkämpfen könnte, diese Veränderungen jedoch nur durch Wahlen und Parlamente bewirkt werden und nicht das kapitalistische System als solches überwunden werden soll. Dazu sind

folgende weitere Punkte hierbei relevant. Wie oben bereits angedeutet, scheut er den Kampf mit den Demokrat_Innen. In den USA ist die Vorstellung vorherrschend, dass wer als linker Kandidat unabhängig als Präsidentschaftskandidat_In antritt, den Rechten zum Sieg verhilft, weil die Person die Stimmen spalte. Hauptschuldig ist daran zwar das undemokratische Wahlmenschen-System², trotzdem werden auch Sanders Spaltungsabsichten vorgeworfen. Leider dreht er diesen Vorwurf nicht um, indem er die Führung der Demokrat_Innen angreift und entlarvt, dass sie undemokratisch handelt und gegen die Interessen der arbeitenden Klasse Politik macht und somit eine Einheit mit diesen Kräften den Interessen unserer Klasse nicht hilft. Stattdessen ordnet er sich diesem Vorwurf unter. 2016 hat er Hillary Clinton nach seiner Niederlage unterstützt und in dem aktuellem Vorwahlkampf sagt er, Biden könne Trump schlagen. Generell stellt er die Einheit der demokratischen Partei hoch und schürt somit auch weiter Illusionen in diese bürgerliche Partei.

Notwendigkeit einer unabhängigen Arbeiter_Innenpartei

Das Problem an klassenübergreifenden Bündnissen ist, dass die Arbeiter_Innenklasse und die Unternehmer_Innen entgegengesetzte Interessen haben und deshalb faktisch immer ein Interesse dem anderen untergeordnet wird. Bei der demokratischen Partei handelt es sich nun aber nichtmal um ein solches Bündnis, sondern eine offen bürgerliche Partei, welche durch winzige Reformen, Rhetorik und Alternativlosigkeit auch Unterstützer_Innen in der Arbeiter_Innenklasse hat. Viele Sanders-Unterstützer_Innen glauben, diese Partei reformieren zu können, jedoch wird dies nicht möglich sein. Die komplette Partei ist von Strukturen durchzogen, welche sicherstellen, dass der Einfluss des Kapitals bestehen bleibt und dominiert. Was wir in den USA benötigen, ist eine neue, eine Arbeiter_Innenpartei, welche sich auf die Gewerkschaften und die arbeitende Klasse sowie andere unterdrückte Gruppen stützt und deren Kämpfe zum Zwecke einer Massenbewegung verbindet. So könnten auch die Unruhen, die im Rahmen der Me Too, der Black-Lives- Matter-Bewegungen und dem „March for our lives“ aufkamen, mit den Kämpfen der LehrerInnen und

anderer Arbeiter_Innen zu Streiks, Besetzungen und einem Erstarken des Klassenkampfes zusammengeführt werden. Und somit gäbe es die Chance, nicht nur eine Wahl zu gewinnen, sondern eine bleibende Grundlage für eine sozialistische Revolution in den USA zu legen. Hierfür ist die Bewegung um Sanders der beste Ansatz der letzten Jahrzehnte. Durch die Konfrontation mit der Führung der Demokrat_Innen ist dort ein Bewusstsein für die Notwendigkeit des Konfliktes größer als bei Sanders selbst. Die Bewegung hat viel Einfluss in Gewerkschaften, den Communitys der People of Colour und vor allem der Jugend und sieht die Notwendigkeit starker Angriffe auf die herrschende Klasse. Dort fällt die Lösung einer Unabhängigen Partei auf fruchtbaren Boden. Umso mehr, je stärker sich der Konflikt mit den Demokrat_Innen zuspitzt. Momentan sieht es zahlenmäßig eher schlecht für Sanders aus, sollte es aber zum Beispiel durch die wirtschaftliche und medizinische Corona-Krise doch zu dem Fall kommen, dass Bernie Sanders zwar eine Mehrheit bei den Vorwahlen erhält, jedoch auf dem Kongress der Demokrat_Innen durch die Stimmen der Superdelegierten³ nicht zum Kandidat bestimmt wird, könnte der Konflikt zwischen Bewegung und Partei auf die Spitze getrieben werden. Dann sind große Proteste zu erwarten und der Unmut wird weiter ansteigen. Deswegen bietet Sanders eine solch große Chance. Deswegen ist es essentiell in der Bewegung um Sanders zu arbeiten. Nicht um Sanders bedingungslos zu unterstützen, sondern um klar zu machen, dass die Voraussetzung für den Erfolg der Politik, die Sanders äußert, die Politik der arbeitenden Klasse, nur durch eine neue Partei möglich ist, eine Arbeiter_Innenpartei.

1Er

spricht von „working class“, was nicht nur „Arbeiter_Innenklasse“ im marxistischen Sinne, sondern auch „Unterschicht“ heißen kann.

2In

jedem Bundesstaat bekommt die Person alle Stimmen, die die Mehrheit errungen hat. Bei einer knappen Mehrheit könnte also fast die Hälfte der Stimmen wertlos werden.

3Dies

sind Deligierte, die nicht an die Ergebnisse der Vorwahlen gebunden sind, jedoch bestimmen, wer gewinnt, wenn keine _R eine absolute Mehrheit erringt. Da diese zum Großteil aus Establishment-treuen Politiker _Innen bestehen, entscheiden sie sich höchstwahrscheinlich gegen Sanders.

Crash, Kürzung und Corona

Christian Mayer & Felix Ruga

Nachdem die

Kursverläufe an der Börse in den letzten Jahren vergleichsweise stabil verlaufen sind, brechen sie seit ca. einem Monat weltweit rapide ein. Und spätestens mit der Ausbreitung des Corona-Virus' zur Pandemie wird die globale Krise immer greifbarer. Doch betrachtet man zentrale Wirtschaftszweige in Deutschland wie Autos oder Chemie, war es nur eine Frage der Zeit, denn der Niedergang war dort schon in vollem Gange.

Was zuvor geschah:

Die deutsche Industrie baut auch ohne Virus ab.

In den letzten sechs

Monaten wurden von verschiedenen mittelgroßen bis großen Unternehmen Stellenabbau und Sparprogramme angekündigt, nachdem ständig das Wirtschaftswachstum nach unten korrigiert wurde und sich überall die Sorge um eine kränkelnde Industrie breit machte.

Hauptsächlich kündigten die großen Autobauer diese Sparprogramme an, die sehr harte Einschnitte bei der Belegschaft darstellen. Egal ob nun VW, Daimler, Audi oder auch Zulieferer wie Bosch, Continental, Mahle, Brose; ja sogar der Chemiekonzern BASF hat Personalabbau von

insgesamt mehreren 10.000 Beschäftigten angekündigt.

Die offiziellen

Begründungen seitens der Kapitalist_Innen waren damals zumindest in der Automobilindustrie immer dieselben: Neben den Altlasten des „Abgasskandals“ müsse man auf die aktuellen Entwicklungen des Weltmarktes reagieren, bzw. Geld für die bevorstehende „Transformation“ beiseitelegen. Mit „Transformation“ ist hier die Umstellung auf E-Mobilität gemeint, wie auch die Einführung von Industrie 4.0 im Zuge einer weiter voranschreitenden Digitalisierung der Produktionsprozesse. Laut Studien werden mehrere 100.000 Arbeitsplätze allein durch die Einführung vollständig automatisierter Fertigungsprozesse überflüssig, die ohne menschliches Zutun auf Basis der Nutzung von künstlicher Intelligenz ablaufen und bei der die Maschinen mittels Datennetzen miteinander kommunizieren. Nichts anderes bedeutet die Einführung von Industrie 4.0: Es wird ein riesiges Heer an Arbeitskräften freigesetzt, die alle auf den Arbeitsmarkt drängen und nach Ersatzbeschäftigungen suchen. Diese kann aber das bestehende System nicht anbieten, da mögliche Umschulungsprogramme aus Kostengründen abgelehnt werden.

In den letzten 10

Jahren, also seit der letzten großen Finanzkrise, hat sich die Weltwirtschaft sehr unterschiedlich entwickelt.

Zwar konnten sich große Binnenwirtschaften wie die der USA wieder erholen und Länder wie China verzeichnen seit Jahren ein permanent hohes Wirtschaftswachstum. Allerdings konnten andere Wirtschaftsräume wie die EU kaum bis gar kein Wachstum erzielen, die gegenteilige Entwicklung ist der Fall. Auch Lateinamerika, das eine Zeit lang der Hoffnungsträger für die positive Entwicklung der Weltwirtschaft war, steckt seit Jahren in einer zunehmenden Krise fest. Allein Staaten wie Venezuela oder auch Argentinien stehen am Rande des Staatsbankrotts mit noch nicht absehbaren Folgen für die lokale wie auch die Weltwirtschaft und das trotz eines Freihandelsabkommens zwischen den Staaten des Mercosur-Raumes und der

EU. Dies wurde noch mit einem beschleunigenden Niedergang an den Rohstoffmärkten verstärkt. Vor allem der Ölpreis fiel schon seit letztem September im Zuge fehlgeschlagener Verhandlungen zwischen den ölfördernden Ländern rapide und man sprach schon von einer neuen Ölkrise. Dies stellt eine existentielle Bedrohung für die Länder dar, die von dessen Förderung abhängig sind. Hinzu kommen auch die nach wie vor unklaren Auswirkungen des Brexits, bei dem die Feinarbeiten an der Entflechtung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EU-Staaten und Großbritannien erst begonnen haben.

Die

Corona-Pandemie ist also letztlich nur ein Auslöser aber nicht die Ursache der Wirtschaftskrise. Diese liegt weitaus tiefer in der kapitalistischen Produktionsweise selber. 2007/2008 ist sie in eine tiefe Absatzkrise geraten, sodass die Produktivität und die Investitionen massiv gesunken sind. Diese Krisenursachen wurden jedoch nicht behoben, sondern nur durch Niedrigzinspolitik und riesige Bankenrettungspakete abgedeckt und das hat bis heute destabilisierende Auswirkungen auf die Wirtschaft, indem sich zum Beispiel durch Spekulation in einigen Sektoren große Blasen bilden.

Und dann auch noch Corona

In diese Schwächelage hat nun Anfang diesen Jahres ein weiterer Faktor die Karten neu gemischt: das Corona-Virus. Die Auswirkungen und dabei vor allem die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung sorgen seitdem dafür, dass die so empfindliche globalisierte Marktwirtschaft vollends crasht. Wir sollten uns jedoch nichts vormachen: Die Quarantänemaßnahmen, die in vielen kapitalistischen Staaten beschlossen wurden, sind nicht aus Menschenliebe passiert. Vielmehr drücken sie Kalkulationen des Kapitals aus, dass eine ungehemmte Ausbreitung der Pandemie die Wirtschaft mehr kosten würde, als es aktuellen Schutzmaßnahmen tun. Das ewige Hin und her und das lange Zögern der bürgerlichen

Regierungen widerspiegeln diesen Abwägungsprozess, der darüber hinaus auch schnell zu anderen Resultaten kommen kann.

Die Rezession hat sich jedoch schon vor der Pandemie abgezeichnet: China als Lokomotive des Weltmarktes wurde als erstes in der Millionenstadt Wuhan getroffen und hat Ende Januar begonnen, riesige Gebiete vom Verkehr abzuriegeln und mit Essen und medizinisch zu versorgen, was sowohl Kapital als auch Arbeitskraft band. Das öffentliche Leben vor Ort kam durch Ausgangssperren zum Erliegen und in ganz China wurden Wirtschaftsabläufe gestört und teilweise heruntergefahren, wenn deren Produktion mit den abgeriegelten Gebieten zusammenhing. Dadurch sank zunächst der Ausstoß und bald auch die Nachfrage des chinesischen Marktes und damit kamen auch weltweite Produktions- und Lieferketten zum Erliegen. Ironischer Weise kann etwa das Organisieren von Nachschub für Atemschutzmasken schwieriger sein, da diese überwiegend in China produziert werden. Auch Apple spürte die ersten Auswirkungen schon damals, da z.B. der Elektronik-Riese Foxconn ebenfalls überwiegend in China produzieren lässt und Apple mit massenhaft Teilen beliefert. Daher wurde auch der Produktionsbeginn für ein neues Smartphone um Monate verschoben. Gerade anhand der Ausfälle in der Produktion kann man sehr gut sehen, wie stark die Abhängigkeit von China als Produktionsstandort weltweit geworden ist.

Diese Belastung wurde selbstverständlich ungleich verstärkt, indem sich Covid-19 von einer lokalen Massenerkrankung zur Pandemie entwickelt hat und nun vor allem Europa und die USA betrifft. Dadurch bricht nun Panik aus, jedes Land fährt einen nationalen Alleingang und die Grenzen werden dicht gemacht. Dies blockiert nun auch hier die Produktions- und Lieferketten. Dazu werden wie auch in China heftige und sehr autoritäre Einschränkungen des öffentlichen Lebens wie Ausgangssperren und Zwangsschließungen öffentlicher Treffpunkte verordnet. Zwar werden die meisten Industriestandorte nicht

zwangsgeschlossen, doch aus Gewinneinbrüchen fahren Stück für Stück alle großen Betriebe runter: Zunächst die Flug- und Reiseunternehmen, nun auch die Autoindustrie, Zulieferer, Chemieunternehmen und weite Teile der restlichen Industrie. Wenige schaffen es, dann doch noch mit der Krise ihre Profite zu machen: Trigema macht jetzt Atemschutzmasken, BASF Desinfektionsmittel, Maschinenbauunternehmen wechseln zu Beatmungsgeräten. Selbstverständlich ist das bloß ein Tropfen auf den heißen Stein, die deutsche Industrie hat momentan nichts zu lachen und die Börsen befinden sich auch im freien Fall. Wie tief der Fall wird, kann natürlich niemand voraussehen.

Wie

die Staaten reagieren und was wir machen müssen!

Die staatlichen Hilfsmaßnahmen für das nationale Kapital sind dabei weitestgehend ausgereizt: Der Leitzins kann nicht mehr gedrückt, die Steuern für's Kapital kaum noch herabgesenkt werden. Klar ist, dass die Unternehmen versuchen werden, die Kosten der Krise auf die Arbeiter_Innenklasse abzuladen. Wenn wir keinen Widerstand organisieren, warten also massive Entlassungswellen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Sozialkürzungen und der weitere Abbau öffentlicher Dienstleistungen auf uns.

Ebenso

werden die kapitalistischen Staaten, die zur Eindämmung der Pandemie dringend nötigen Einschränkungen von Produktion und öffentlichem Leben nicht solange aufrechterhalten können, wie es aus medizinischer Sicht notwendig wäre. Kein kapitalistischer Staat kann über mehrere Monate oder gar Jahre hinweg mit einem so niedrigen Produktionsniveau überleben. Da im Kapitalismus Profite mehr als Menschenleben zählen, werden die Infektionsschutzmaßnahmen spätestens dann zurückgefahren, wenn sie für die Kapitale zu teuer werden. Und, wenn ein Staat beginnt die Wirtschaft wieder hochzufahren, müssen die anderen nachziehen, da ein derartiger Konkurrenzschwund ihr volkswirtschaftliches Todesurteil bedeuten

könnte. Es warten also nicht nur massive soziale Angriffe, sondern auch ein tausendfaches Sterben auf uns.

Eine

internationale sozialistische Planwirtschaft könnte dagegen über längere Zeit hinweg mit dem rein gesellschaftserhaltenden Produktionsniveau überleben, da es in ihr ja keinen konkurrenzbedingten Zwang zur Profitmaximierung gibt. Ebenso wäre sie weitaus schneller und effektiver in der Lage, die Produktion auf die dringend notwendigen Güter wie Beatmungsgeräte, Desinfektionsmittel, Atemschutzmasken etc. umzustellen. Es gäbe genug Intensivbetten für alle, da das Gesundheitssystem als gesellschaftliche Aufgabe verstanden wird, in der Sparmaßnahmen, Privatisierungen, Pflegemangel oder Fallpauschalen keinen Sinn ergeben. Auch die ökonomische Existenz eines jeden Menschen wäre gesichert, da niemand um seinen_ihren Arbeitsplatz oder seine_ihre Miete fürchten müsste. Da es auch keine nationale Abschottung und Konkurrenz um das Patent für Impfstoffe gäbe, wäre auch (im Gegensatz zu den aktuellen nationalen Alleingängen) ein koordiniertes internationales Vorgehen gegen die Pandemie möglich.

Der Kampf für ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem beginnt damit, dass wir uns den geplanten Angriffen auf unsere Klasse entgegenstellen. Die Gewerkschaften und Arbeiter_Innenparteien sind dagegen aktuell eher auf nationalistischen Kuschelkurs mit dem Kapital aus. Aus den Reihen der Linkspartei wurde geäußert, dass es aktuell „nicht die Zeit für Oppositionspolitik“ sei. Wir Arbeiter_innen, Jugendliche und Migrant_innen müssen unsere Interessenvertretungen durch eigene Forderungen unter Druck setzen und selber die Initiative ergreifen, wenn wir das Schlimmste verhindern wollen. Wir fordern:

- Keine Entlassungen während der Pandemie! Volle Lohnfortzahlung aus den Profiten der Kapitalist_Innen!
- In Berufen, die die gesellschaftliche Grundversorgung garantieren, müssen die Arbeiter_Innen ausreichenden Arbeitsschutz, Arbeitszeitverkürzungen und massive Lohnerhöhungen erhalten!

- In allen Berufen 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich!
 - Kostenlose Test-Kits, Atemschutzmasken, Desinfektionsmittel, Seife und Handschuhe für alle! Die dafür notwendigen Fabriken müssen sofort entschädigungslos enteignet und unter Kontrolle der Beschäftigten gestellt werden, um die Produktion auf die notwendigen Güter umzustellen. Für Beatmungsgeräte statt SUVs!
 - Verstaatlichung aller Kliniken, Pharmakonzerne, Forschungsinstitute und Labore!
 - Für offene Grenzen, um auch Menschen aus anderen Ländern vor Corona retten zu können!
 - Corona war nur Auslöser der Krise, nicht die Ursache! Das Problem liegt im kapitalistischen System!
-

Corona-Pandemie: 4 Fragen und 4 revolutionäre Antworten!

Kein Thema hat in letzter Zeit unsere Gespräche, Gedanken und Social Media Feeds so geprägt wie das neuartige Coronavirus / Sars-CoV-2, kurz: Corona. Weltweit ist bereits eine Viertelmillion Menschen an dem Virus erkrankt, wovon bisher etwas fast 12.000 (Stand 21.3.) Menschen sterben mussten. Europa ist, nachdem in China die Zahl von Neuinfektionen wieder leicht rückgängig ist, zum neuen Zentrum der Pandemie geworden. Nachdem die Zahl von Infizierten in Italien blitzartig in die Höhe schoss, ist ein ähnlich steiler Anstieg auch in Deutschland zu beobachten. Vor einigen Tagen meldete sich nun auch Kanzlerin Angela Merkel in einer Fernsehansprache zu Wort: Die Rede war vor allem vom Zusammenhalten, von Vertrauen und von Geduld. Man könnte sie auch so verstehen, dass wir alle schön die Klappe halten und machen sollen, was man uns sagt. Das würde nämlich bedeuten, dass wir stillschweigend hinnehmen, wie deutsche Banken und

Unternehmen durch Milliardenkredite gerettet werden, während wir durch Entlassungen, Kurzarbeiter_Innengeld und Grundrechtseinschränkungen die Kosten dessen tragen sollen. Aber ist in der aktuellen Krisensituation der richtige Zeitpunkt für Widerstand? Diese und andere Fragen wollen wir hier beantworten.

Sollten wir nicht gerade jetzt in der Krise zusammenhalten und Kritik hinten anstellen?

Zusammenhalten sollten wir auf jeden Fall, denn die aktuell stattfindenden Einschränkungen im öffentlichen Leben und die permanente Angst, sich anzustecken, sind für uns alle nicht leicht. Positiv sind in diesem Zusammenhang die an vielen Orten entstehenden Nachbarschaftsinitiativen zur Lebensmittelversorgung. Hierbei muss aber klar angeprangert werden, dass diese vor allem deshalb notwendig werden, weil der Staat in dieser Versorgungsaufgabe versagt.

Die Frage ist für uns, mit wem wir zusammenhalten. Sicherlich nicht mit den Bossen, die unsere Löhne kürzen, uns entlassen oder uns auf der Arbeit mit schlechten Schutzmaßnahmen einem erhöhten Infektionsrisiko aussetzen. Bestimmte Beschäftigungsverhältnisse wie Scheinselbstständigkeit, Stunden- oder Projektverträge und Angestellte im Gastro- und Kulturbetrieb sind aktuell besonders hart betroffen. Während wir uns also fragen, wie wir unsere Miete bezahlen sollen, versuchen die Unternehmer_Innen ihre getätigten Investitionen noch irgendwie ins Trockene zu bringen und uns die Kosten dafür zahlen zu lassen. Für sich können sie auch nur im kleinsten Verdachtsfall auf ein weiches Intensivbett in einer Privatklinik mit ausgewiesenum Fachpersonal vertrauen, während wir und insbesondere ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen das Hauptrisiko tragen.

Die Bundesregierung setzt in ihren Krisenmaßnahmen vor allem die Interessen der Kapitalist_innen um. Während Schulen, Unis, Kindergärten, Theater, Clubs, Bars, Museen

und Schwimmbäder geschlossen bleiben, müssen vor allem die Leute (trotz Infektionsrisiko) an den zentralen Wirtschaftsstandorten weiterarbeiten. Dass in der Autoindustrie kaum noch mehr gearbeitet wird, ist viel mehr Folge des Absatzeinbruchs als von Gesundheitsmaßnahmen.

Ebenso auch Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die die Grundversorgung einer Gesellschaft durch Pflege, Erziehung, Infrastruktur und Lebensmittelhandel sicherstellen. Für sie hat Merkel ganz viel Danke und Applaus übrig, doch davon kann sich niemand etwas kaufen. Während Gesundheitsminister Jens Spahn uns lange erzählt hat, dass das deutsche Gesundheitssystem bestens auf eine Corona-Pandemie vorbereitet sei, sehen wir nun, wie überfordert es ist. Kein Wunder, denn jahrelang wurden die Krankenhäuser kaputtgespart und privatisiert. Der erzeugte Personalmangel in der Pflege wurde zusätzlich befeuert durch Unterbezahlung, Ausbeutung und Auslagerung von Beschäftigtengruppen an Dienstleistungsunternehmen, um Tarifverträge zu umgehen. Und zwar nicht nur in Deutschland, auch in Südeuropa waren deutsche Politiker_Innen im Zuge der Euro-Krise ganz vorne mit dabei, durch erzwungene Sparmaßnahmen die lokalen Gesundheitssysteme zu zerstören. Dafür verantwortliche Politiker_Innen und die Bildzeitung versuchen nun, der Öffentlichkeit die Schuld zuzuschieben, um die eigene Verantwortung an dieser katastrophalen Situation unter den Teppich zu kehren. Zusammenhalten müssen also vor allem wir Jugendliche, Lohnabhängige und Migrant_Innen, und zwar über Nationalstaatsgrenzen hinweg. Unsere Kritik dürfen wir dabei nicht verschweigen, sondern müssen sie gerade jetzt durch eigene Forderungen und Maßnahmen zum Ausdruck bringen. Wenn wir keinen eigenen gesamtgesellschaftlichen Notfallplan aufstellen, wird es von der Bundesregierung nur einen Notfallplan zur Rettung der Konzerne geben.

Was wären denn sinnvolle Maßnahmen, die umgesetzt werden sollten?

Unsere Forderungen sollten sich einerseits gegen die sozialen Angriffe richten und andererseits wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie vorschlagen.

Zuallererst müssen wir für ein sofortiges Entlassungsverbot eintreten. Ebenso fordern wir statt Kurzarbeiter_Innengeld (also eine Weiterzahlung von 60 % des letzten Nettolohns durch Steuergelder) Lohnfortzahlungen, finanziert aus den Profiten der Unternehmen. Überall, wo es möglich ist, müssen die Leute ohne Konsequenzen von der Arbeit freigestellt werden, damit die Eindämmung durch soziale Distanzierung wirklich funktioniert. In Berufen, die die gesellschaftliche Grundversorgung garantieren, müssen die Arbeiter_Innen ausreichenden Arbeitsschutz, Arbeitszeitverkürzungen und massive Lohnerhöhungen erhalten. Welche Berufe für die gesamtgesellschaftliche Grundversorgung wichtig sind, entscheiden demokratisch gewählte Komitees aus Schulen, Unis und Betrieben und nicht die kapitalistischen Politiker_Innen. Auch unter den erschwerten Bedingungen können wir solche demokratischen Prozesse online möglich machen, um eine soziale Antwort auf diese Krise zu finden!

Auch müssen wir entscheiden können, welche Grundrechtseinschränkungen uns auferlegt werden. Die Gefahr ist ganz real, dass sie zwar zum Zwecke der Eindämmung beschlossen werden, aber nur teilweise zurückgenommen werden und generell das, was „ok“ ist, verschoben wird. So wurde beispielsweise könnte in Bayern bald der Notstand ausgerufen werden und damit wäre der Einsatz der Bundeswehr im Inneren legalisiert. Dagegen zu demonstrieren ginge natürlich nicht, weil das Versammlungsrecht praktisch abgeschafft wurde. Obwohl es in der aktuellen Situation nicht sinnvoll wäre, große Massendemonstrationen abzuhalten, sollte die Regierung uns dieses Recht nicht einfach nehmen dürfen! Einschränkende Maßnahmen im öffentlichen Raum zur Eindämmung der Neuinfektionen können natürlich richtig sein, die Frage ist aber, wer diese festlegt und vor allem wer diese wieder abschafft. Wenn diese Verantwortung Seehofer und Co. zufällt, die schon vor Corona versucht haben, autoritäre Polizeistaatsmaßnahmen durchzusetzen, warum sollte man dann die Teile der Einschränkungen, die man eh schon vorhatte, nicht einfach beibehalten? Das wäre nicht das erste

Mal in der Geschichte, dass die „Verteidigung gegen einen äußeren Feind“ dazu benutzt wurde, die Grundrechte der eigenen Bevölkerung dauerhaft einzuschränken. Beispiel hierfür ist der „Kampf gegen den Terror“, der schon für Kriege, Einschränkung des Asylrechts und der Spionage der eigenen Bevölkerung herhalten musste. Der beste Schutz dagegen ist es, dass wir uns als Betroffene gemeinsam mit Wissenschaftler_Innen organisieren und selbst die Menschen delegieren, die in demokratischen Krisenkomitees verbindliche Maßnahmen festlegen.

Um eine Ausbreitung des Virus' zu verhindern, benötigen wir sofort einen kostenlosen und freien Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle. Ebenso müssen Test-Kits, Atemschutzmasken, Desinfektionsmittel, Seife und Handschuhe für alle kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die dafür notwendigen Fabriken müssen sofort entschädigungslos enteignet und unter Kontrolle der Beschäftigten gestellt werden, um die Produktion auf die notwendigen Güter umzustellen. Statt SUVs brauchen wir halt gerade nun mal Beatmungsgeräte. Das klingt nach einem krassen Schritt, aber beispielsweise waren die kapitalistischen Regierungen mit solchen Maßnahmen während der zwei Weltkriege überhaupt nicht zimperlich, indem sie der Industrie vorgeschrieben haben, dass sie nun Munition, Waffen und Feldversorgung herstellen müssen. Neben massiven Investitionen in Forschung und Versorgung, was auch eine schnellstmögliche Anlernung und gute Bezahlung von Pflegekräfte bedeutet, müssen ebenso alle Kliniken, Pharmakonzerne, Forschungsinstitute und Labore verstaatlicht werden. Es ist sehr problematisch, dass momentan einige Forscher_Innen-Teams nebeneinander her an ähnlichen Projekt arbeiten, aber wegen des Geschäftsgeheimnisses keine vollständige Zusammenarbeit stattfindet, vor allem unter privaten Unternehmen. Die Jagd ist wild, denn wer den Impfstoff oder Schnelltest findet, wird dabei sicherlich Milliarden verdienen. Jetzt kommt es aber auf die Rettung von Menschenleben an und nicht auf Profite!

Wären diese ganzen Maßnahmen aber nicht insgesamt sehr schlecht für die Wirtschaft?

Die Corona-Krise ist nur ein

weiteres Beispiel dafür, wie die freie Marktwirtschaft nicht dazu in der Lage ist, die dringendsten Bedürfnisse der Menschheit zu befriedigen und dafür, wie viel effizienter und bedürfnisorientierter eine demokratische Planwirtschaft agieren könnte. Das Chaos des Marktes führt zur Anfälligkeit für Zusammenbruch und Krise, so auch nun mit dem Ausbruch von Corona: Der DAX fällt täglich ins Bodenlose, die Ölpreise sinken und die für die deutsche Exportwirtschaft so wichtige just-in-time-Produktion gerät durch Grenzschließungen immer weiter ins Stocken. Corona ist dabei jedoch nur der Auslöser und nicht die Ursache der Krise. Diese liegt weitaus tiefer in der kapitalistischen Produktionsweise selber. 2007/2008 ist sie in eine tiefe Absatzkrise geraten, sodass die Produktivität und die Investitionen massiv gesunken sind. Diese Krisenursachen wurden jedoch nicht behoben, sondern nur durch Niedrigzinspolitik und riesige Bankenrettungspakete abgefedert. Das Coronavirus ist nun die Nadel, die die riesige Blase gerade zum Platzen bringt. Weitere Fabrikschließungen, Massenentlassungen und Sparmaßnahmen werden bald auf der Tagesordnung stehen.

Zugleich verschärfen sich bereits aktuell die Spannungen unter den imperialistischen Ländern und Regionalmächten. Der Wettlauf um einen Corona-Impfstoff ist bereits ein Ausdruck davon. Die Volkswirtschaft, die sich am schnellsten von den Coronafolgen erholt, wird einen gewaltigen Vorteil auf dem Weltmarkt haben und für Verschiebungen im innerimperialistischen Kräfteverhältnis sorgen. Momentan scheinen die Zeichen ganz auf China zu stehen, aber auch andere Ländern setzen in diesem Kampf auf das Konzept „Herdenimmunität“, also das absichtliche Krankwerdenlassen der Bevölkerung bei gleichzeitiger Überlastung des Gesundheitssystems, sodass unzählige Menschen sterben könnten. In Europa hängen prominent die Niederlande und bis vor kurzem noch Großbritannien dieser Taktik an. Die Maßnahmen, die nun doch ergriffen werden, kommen zu spät.

Ist es aber nicht gerade wichtig, die Grenzen zu schließen, um eine weitere Ausbreitung der Infektionen zu verhindern?

In der aktuellen Abschottungspolitik

der kapitalistischen Staaten zeigt sich deutlich, dass ihr ganzes Gerede von Solidarität nur eine leere Worthülse ist. Wer nur national beschränkte medizinische Krisenmaßnahmen ergreift, aber sich nicht für 20.000 von Corona bedrohte, auf der griechischen Insel Lesbos eingeschlossene und unter schlimmsten hygienischen Bedingungen lebende Geflüchtete interessiert, braucht uns nichts von Solidarität zu erzählen. Da eine Pandemie auch so nicht vor Nationalstaatsgrenzen hält macht, bedeutet nationale Abschottung darüber hinaus auch immer eine Behinderung von wirksamen internationalen Schutzmaßnahmen oder der Entwicklung eines Impfstoffes. Und nicht nur das, nationale Abschottung bedeutet auch, dass die reichen imperialistischen Länder die ärmeren Ländern mit ihren schlechter ausgestatteten Gesundheitssystemen alleine lassen und somit eine weitere Ausbreitung der Infektionen in Kauf nehmen, solange es nicht auf dem eigenen Staatsgebiet passiert. Dabei wirkt es so, als wären die imperialistischen Länder nicht dafür verantwortlich, dass die Gesundheitssysteme in den ärmeren Ländern so schlecht ausgebaut sind. Durch Kolonialismus, Ausbeutung und erzwungene Sparmaßnahmen haben die imperialistischen Länder dem Rest der Welt jedoch die Möglichkeiten für einen adäquaten medizinischen Kampf gegen das Coronavirus genommen. Zuletzt stärkt nationale Abschottungspolitik auch immer ausgrenzende, nationalistische und rassistische Tendenzen, die ja bekanntermaßen schon vor Corona stark an Fahrtwind dazugewonnen haben.

Wir fordern stattdessen keine Abschottung und Grenzschließungen sondern Grenzöffnungen, um auch Menschen aus anderen Ländern vor Corona retten zu können. Geflüchtete sollen wie alle anderen Einreisenden medizinisch getestet und, im Fall einer Infektion, medizinisch und sozial versorgt werden. Die Lager auf den griechischen Inseln müssen sofort aufgelöst und eine Weiterreise aufs europäische Festland gewährleistet werden. Das gilt auch für die türkisch-griechische Grenze am Fluss Evros. Wir fordern legale Fluchtwege und Einreisemöglichkeiten ebenso wie volle Staatsbürger_Innenrechte für

alle!

Hölle auf Erden - Geflüchtete wie Tiere zusammengepfercht

Dilara Lorin, zuerst erschienen auf arbeiterinnenmacht.de

Vor noch nicht allzu langer Zeit, um genauer zu sein, vor 2-3 Wochen, war es ein Skandal, als die Türkei am 4. März 2020 die Grenzen zur EU

öffnete, obwohl die EU dem türkischen Staat jährlich mehrere Milliarden Euro

bietet, damit die geflüchteten Menschen ja nicht nach Europa kommen. Heute

spricht niemand mehr darüber. Dabei stecken mehrere tausend Menschen im Grenzgebiet zwischen Türkei und Griechenland fest. Es gibt praktisch keine Hoffnung für diese auf ein menschenwürdiges Verfahren, denn seit dem 1. März

lässt Griechenland keine Asylanträge mehr zu. Die EU und Frontex schotten weiter ihre Grenzen ab und gehen dort rigoros gegen Menschen vor. Handgranaten,

Tränengas, Gummigeschosse werden eingesetzt.

Videos, Bilder und Berichte, sofern diese noch möglich sind, zeigen ein deutliches und grauenvolles Bild der EU und der Nationalstaaten Türkei und Griechenland. In einigen Videoaufnahmen sieht man, wie türkische Sicherheitskräfte Hand in Hand mit faschistischen Strukturen Geflüchtete erst in den Bus zerren und dann im Niemandsland im Grenzgebiet mit Gewalt und einer gezückten Waffe nach draußen schleifen. Videoaufnahmen zeigen eindeutig, wie die griechische Küstenwache mit einer Eisenstange versucht, ein Schlauchboot mit mehreren Dutzend Geflüchteten zurückzudrängen, oder

Aufnahmen von wütenden Inselbewohner_Innen und Faschist_Innen aus ganz Europa, die an den Küsten warten, nur um Menschen, die vor Leid, Elend, Krieg und Tod fliehen, anzugreifen und wieder ins Wasser zu jagen. Erst letzte Woche wurden Kader neofaschistischer Organisationen und der „Identitären Bewegung“, darunter auch aus Deutschland, in Griechenland gesichtet. Diese waren nur da, um bewaffnet Jagd auf Geflüchtete zu machen und „ihre“ Grenzen zu schützen. Zwar wurden einige von ihnen, darunter auch Mario Müller, zusammengeschlagen, aber dies ist leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Am Gesamtbild ändert es nichts.

Die Angst vor COVID-19 und die Angst der Geflüchteten

Die Situation in den Camps auf den fünf Inseln in Griechenland war schon immer scheiße und wird immer verheerender. Auf den Inseln Lesbos, Samos, Chios, Leros und Kos leben bis zu 42.000 Asylbewerber_Innen. Dabei ist jedes Camp überfüllt und beherbergt mehr Menschen, als für die es vorhergesehen war. In Moria, einem der größten Camps auf Lesbos, sollten eigentlich nur 3.000 Menschen unterkommen, jedoch leben nach aktuellen Schätzungen dort 20.000 bis 24.000 unter schlimmsten Bedingungen. Wenn hier das Virus ausbrechen sollte, dann wird es katastrophale Folgen haben und zahlreiche Tote mit sich bringen. Um die Situation noch einmal zu verdeutlichen:

- Es gibt einen Wasserhahn für je 1.300 Menschen
- 167 Menschen teilen sich eine Toilette
- 240 Menschen teilen sich eine Dusche
- Seifen oder ähnliches sind kaum vorhanden
- Familien mit fünf oder sechs Personen müssen auf höchstens 3 m² schlafen

Ständiges Händewaschen oder Social Distance? Diese Hygienemaßnahmen können nicht eingehalten werden! Aktuell gibt es einen bestätigten Fall von COVID-19 auf Lesbos. Dieser kommt aus dem Süden der Insel

und hatte kaum Kontakt zu den Geflüchteten. Jedoch ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis das Virus auch im Camp angekommen ist.

Ein antifaschistischer Aktivist aus Dresden vor Ort sagt dazu: „Generell gibt es eine große Angst vor dem Corona-Ausbruch im Camp. Dabei ist eher die Gefahr, dass die Seuche von außen hineingeschleppt wird und weniger, dass die Menschen, die dort sind, diese Krankheit mitgebracht haben, wie von Rassist_Innen gern behauptet wird.“

Und wie reagiert die griechische Regierung? Die rechtspopulistische konservative Partei von Kyriakos Mitsotakis, Nea Dimokratia, schürte schon immer Hetze und Anfeindungen gegen die Geflüchteten. Sie hört auch in Zeiten des Corona-Virus nicht damit auf. In den Medien und auch in Interviews hört und sieht man immer wieder, wie Geflüchtete mit Kriminellen und Drogendealer_Innen gleichgestellt werden.

Sie müssen auch als Sündenbock für den Niedergang der griechischen Wirtschaft herhalten. Dass die EU mit ihren Spardiktaten und die

Troika die griechische Wirtschaft bis zum letzten Rest ausgesaugt haben, wird

kaum mehr diskutiert. Geflüchtete sind die neuen Sündenböcke für Konservative,

RassistInnen, RechtspopulistInnen und FaschistInnen. Wir kennen das schon aus

Deutschland, Frankreich, Polen oder der Türkei.

Abschottung der Geflüchteten

Zumindest für die nächsten zwei Wochen dürfen keine Besucher_Innen mehr die Camps betreten, darunter zählen auch die wenigen noch verbliebenen NGOs. Auch diese Helfer_Innen dürfen nicht in das Camp hinein. Außerdem darf seit Anfang der Woche nur noch eine Person pro Familie das Lager einmal am Tag verlassen, um Erledigungen auf der Insel zu tätigen. Andere Außenaktivitäten sind nicht mehr gestattet. Das bedeutet: keine Schulen,

keine sportlichen Aktivitäten, kein Besuch in der Bibliothek. 24.000 Menschen sollen, abgeschottet in einem Freiluftgefängnis, unter schlimmsten hygienischen Bedienungen ausharren. Dass diese Situation den ohnehin traumatisierten und entkräfteten Menschen noch mehr zusetzen wird, ist deutlich. Ohne äußere Ablenkungen werden vor allem Kinder, die sich schon vor der COVID-19-Pandemie versucht hatten, das Leben zu nehmen, unter nun noch krasseren psychischen Bedingungen leiden. Und wir sprechen hier nicht von wenigen.

Der ansteigende Rassismus der Inselbewohner_Innen zeigt sich auch darin, dass mit den Freien BürgerInnen (Eleftheri Politis) eine explizit rassistische Partei in den Dorfparlamenten sitzt und 12 Sitze in den Regionalparlamenten der südlichen Ägäis hat.

George Hatzimarkos, der Gouverneur der südlichen Ägäis, kündigte an, als angebliche weitere „Schutzmaßnahme“ gegen die Ausbreitung des Virus einen Zaun um das Camp Moria bauen zu lassen. So wird es dem Bild eines Freiluftgefängnisses immer ähnlicher. Die rassistische Hetze der Türkei, Griechenlands und der Nationalstaaten Europas führte vermehrt dazu, dass faschistische Banden an den Grenzen und auf den Inseln patrouillieren. Auf den Inseln ging die Gewalt soweit, dass Journalist_Innen zusammengeschlagen und ihr Equipment wie Kameras ins Wasser geschmissen wurden. Die Situation ist weiterhin angespannt, gerade wenn sich die Zivilgesellschaft nur noch Gedanken um das Corona-Virus macht. Die Geflüchteten sind in dreifach lebensbedrohlichen Situationen.

Schäbiges Gezerre um Kinder

Sieben EU-Staaten, darunter auch Deutschland, erklärten sich nach wochenlangem Gezerre „bereit“, gerade 1.600 Kinder aus dem Camp aufzunehmen. Nun ist selbst diese vollkommen unzureichende Geste wieder umstritten. Es wird so getan, als sei von den Geflüchteten zu befürchten, dass

mit ihrer Einreise die Anzahl der Infektionen weiter ansteigen würde. Wie rassistisch das doch ist, verdeutlicht schon, dass aktuell die meisten Infizierten in Ländern wie China, Italien, Deutschland, Frankreich, Spanien –

und zum Glück nicht in den Camps - zu finden sind.

Es ist auch keine Gnade der EU, dass sie 1.600 geflüchtete Kinder aufnehmen wollte, sondern eine Schande. Es ist eine symbolische Geste,

die notdürftig die reale, rassistische Grenzpolitik beschönigen soll. Was wir jetzt brauchen? Die Aufkündigung des Flüchtlingsdeals mit der Türkei, welcher

am 13. März erneuert und erweitert wurde! Die Geflüchteten dürfen kein Spielball zwischen den Mächten und ihren Interessen und Profiten sein! Öffnung

aller Grenzen und die Zerschlagung von Frontex - jetzt! Aufgrund der andauernden Krisen und Kriege, vor allem auch in Idlib, fliehen Millionen Menschen und es muss unsere Aufgabe sein, für alle und jede/n ein menschenwürdiges Leben zu erkämpfen! Nicht in Lager, zwischen Grenzzäunen oder

Camps! Für die sofortige Evakuierung aller Camps. Es gibt nur eine einzige humanitäre Lösung, die diesen Namen verdient - die Öffnung der Grenzen der EU,

die Aufnahme der Menschen in den EU-Mitgliedsstaaten ihrer Wahl, die Schaffung

und das Zur-Verfügung-Stellen von Wohnraum, von kostenloser medizinischer und

psychologischer Betreuung, von Ausbildung und Schulung sowie von Arbeitsplätzen, die zu tariflichen Löhnen bezahlt werden. Geflüchtete, die vom

Virus infiziert sein sollten, sollen kostenlos in Krankenhäusern untergebracht und betreut werden.

Um zu verhindern, dass bürgerliche Regierungen und rechte Demagog_Innen die Geflüchteten gegen Lohnabhängige - z. B. Erwerbslose, prekär Beschäftigte oder Menschen in Altersarmut - ausspielen, geht es darum, Arbeit, ein Mindesteinkommen, soziale Leistungen wie Alterssicherung für alle zu erkämpfen - bezahlt aus der Besteuerung der Gewinne und großen Vermögen. Um dies zu erreichen müssen sich antirassistische Bewegungen

zusammenschließen mit Gewerkschaften, Arbeiter_Innenorganisationen, Geflüchteten und migrantischen Strukturen!

Droht der Krieg in Syrien zum Flächenbrand zu werden?

*von Dilara Lorin und Martin Suchanek, zuerst erschienen unter
<http://arbeiterinnenmacht.de/2020/02/29/krieg-syrien/>*

Hunderttausende, wenn nicht Millionen, befinden sich in Syrien auf der Flucht. Die Offensive der syrischen Armee sowie ihrer russischen und iranischen Verbündeten sollte ein weiteres blutiges Kapitel im Bürgerkrieg zum Abschluss bringen - die Rückeroberung Idlibs samt Vertreibung Hunderttausender, der Zerschlagung der oppositionellen bewaffneten Gruppen - egal ob nur dschihadistisch, pro-westlich oder verbliebene Restbestände der demokratischen Opposition.

Zweifellos kalkulierten das syrische Regime wie auch seine Verbündeten, dass sie dieses mörderische Unternehmen rasch durchziehen konnten. Protestnoten der zur „Weltgemeinschaft“ hochstilisierten westlichen Mächte waren einkalkuliert, ein Stillhalten der Türkei, der Russland (und damit das Assad-Regime) wichtige Teile Nordsyriens und vor allem Rojavas überlassen hatten, ebenfalls.

Doch wie schon in Libyen erweist sich die Putin-Erdogan-Allianz als brüchig. Sie ist praktisch am Ende. Beide Räuber, beide „Sieger“ wollen ihren Teil vom Kuchen. Das Assad-Regime will erst recht nicht mehr auf die Türkei Rücksicht nehmen.

Umgekehrt droht nun der Krieg, selbst zu eskalieren, von einem StellvertreterInnenkrieg in einen heißen Krieg umzuschlagen. Selbst wenn

keine der Parteien diese Entwicklung anstrebt, so spielen sie doch mit dem Feuer. Während Russland weitere Kriegsschiffe ins Mittelmeer beordert, ruft die Türkei die NATO-PartnerInnen an. Die Trump-Administration sieht die Chance gekommen, verlorenen Einfluss wiederherzustellen, und verspricht Unterstützung. Die NATO erklärt ihre Solidarität mit dem Mitgliedsstaat, auch wenn sie noch offenlässt, welche praktischen Formen diese annehmen soll. Bei allem Gerede von Besorgnis ob der Eskalation könnte sich die Konfrontation in den nächsten Tagen massiv zuspitzen, im extremsten Fall aus dem syrischen BürgerInnenkrieg ein Krieg zwischen Russland und NATO werden.

Lage in der Türkei

Im Folgenden wollen wir die Lage in der Türkei genauer betrachten.

In den vergangenen Tagen starben laut türkischen Nachrichtenagenturen bis zu 33 Soldaten in Idlib, einer Stadt im Nordwesten Syriens, durch syrische Luftangriffe. Laut der kurdischen Nachrichtenagentur ANF (Firatnews Agency) sind bis zu 113 Soldaten ums Leben gekommen. Mehrere Videoaufnahmen kursieren im Internet, die von mehreren hundert „Märtyrern“ sprechen, und türkische Soldaten beklagen, „man komme aus Idlib nicht mehr lebend heraus“.

Der Kurznachrichtendienst Twitter ist seit gestern Abend in der Türkei geschlossen, um keine weiteren Meldungen über den Krieg und die getöteten Soldaten zu verbreiten. Aber die Grenzregion zu Syrien liegt lahm, die Krankenhäuser sind überfüllt mit Leichen und das Gesundheitsministerium ruft die Bevölkerung dazu auf, Blut zu spenden. Das deutet darauf hin, dass die Opferzahlen wahrscheinlich viel höher sind als die 33.

Die Türkei führt gerade einen offenen Krieg in Syrien gegen das Assad-Regime, faktisch auch einen gegen seinen Verbündeten Russland. Dass die Türkei seit dem 27. Februar ihre Grenzen nach Europa für syrische Geflüchtete geöffnet hat und diese nicht mehr darin hindert, dorthin auszureisen, bedeutet für sie nur, die Geflüchteten als Spielball zu benutzen. Sie möchte damit die EU unter Druck setzen und zwingen, im Krieg um Idlib

auf ihrer Seite einzugreifen oder jedenfalls Unterstützung zu gewähren. Dies könnte auch zu einem Krieg zwischen Türkei, EU und Russland führen.

Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu steht im Telefonkontakt mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Dieser verkündete am 28. Februar, dass die NATO die Türkei auch militärisch unterstützen und die Luftverteidigung stärken wird. Teile der NATO stellten sich schon vorher und während des Manövers in Idlib auf die Seite der Türkei, welche mit dschihadistischen Truppen wie der Division Sultan Murad und Ahrar Al-Sharqiya (Freie Männer des Ostens) zusammen kämpft.

Das Leid der 3 bis 4 Millionen ZivilistInnen in Idlib jedoch wird in der Türkei kaum gehört. Mehrere tausende Menschen, welche vom syrischen Regime teils zwangsumgesiedelt wurden, befinden sich in Idlib unter türkisch-dschihadistischem und syrisch-russischem Beschuss.

Während Russland und Syrien, die Türkei und USA Stellung beziehen und eine weitere Eskalation droht, laviert die schwächelnde EU. Sie fordert ein Ende der Kampfhandlungen, unterstützt zur gleichen Zeit den NATO-Verbündeten. Mit der Türkei freilich hadert sie um die Frage der Geflüchteten, denen sie auf keinen Fall helfen will.

Die Öffnung der türkischen Grenzen bedeutet längst nicht, dass die Menschen, die fliehen, allzu weit kommen. Frontex wurde in den letzten Jahren weiter aufgerüstet, an die EU-Außengrenzen werden mehr und mehr Polizei und Grenzschutzeinheiten beordert. Wird der Andrang zu groß, kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass der bewaffnete Arm der Frontex auf Menschen an den Grenzen schießen wird. Es droht somit eine humanitäre Krise der Menschen in Idlib und der Millionen Flüchtlinge des Bürgerkriegs.

Aktuell sammeln sich größere Gruppen von Geflüchteten vor Edirne, einer türkischen Grenzstadt nahe Bulgarien und Griechenland, sowie in Izmir und anderen Hafenstädten im Westen der Türkei und versuchen, der Hölle von Bürgerkrieg und Vertreibung zu entkommen. Wir brauchen offene Grenzen für alle! Jetzt sofort! Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass alle, die nach Europa wollen, sichere Fluchtwege über Meer oder Land erhalten und

sich in den Ländern ihrer Wahl niederlassen, arbeiten und eine Existenz aufbauen können.

Geostrategische Gründe

Der türkische Einmarsch in Syrien erfolgte - wie die Intervention aller anderen Mächten - aus geostrategischen Gründen. Ursprünglich ausgezogen, Assad selbst zu stürzen, will Erdogan nun ein möglichst großes Stück von der Beute, sprich die Neuordnung des Landes mitbestimmen. Den Einmarsch türkischer Truppen, die Eroberung Afrins und anderer kurdischer Städte stellt er als Akt der „Verteidigung“ des Landes dar, ganz so wie Russland, Iran und Syrien die brutale Wiedererrichtung des Assad-Regimes zum „Kampf gegen den Terrorismus“ erklären.

Doch der Krieg könnte für Erdogan leicht zum Bumerang werden. Die Türkei befindet sich in einer wirtschaftlich sehr schlechten Lage und ein Krieg trägt sicherlich nicht zu einer Erholung bei. Im Gegenteil, die ArbeiterInnenklasse wird zu den Kriegen einberufen und muss für die Interessen eines Staates sterben, der vielen nicht einmal genug zum Überleben bieten kann. Der Mindestlohn reicht kaum, um sich und seine Familie zu ernähren. Die Lebensqualität sinkt mit jedem anbrechenden Tag und nun werden junge Lohnabhängige auch noch zur Armee berufen, um in einem Krieg zu sterben, der in keiner Weise ihren Interessen dient.

So wie die ArbeiterInnenklasse Russlands oder Irans, so muss auch die türkische ArbeiterInnenklasse „ihrer“ Regierung jede Unterstützung verweigern. Der Krieg Erdogans ist nicht unser Krieg. Es hilft jedoch nicht, sich über den Tod türkischer Truppen und Soldaten zu freuen, es kommt darauf an, Erdogan und das Regime zum Rückzug aus Syrien zu zwingen - und zwar nicht nur aus Idlib, sondern auch aus Rojava und allen anderen Gebieten.

Ein Rückzug aus Idlib allein - ob nun infolge syrisch-russischer Militärschläge oder durch ein weiteres „Waffenstillstandsabkommen“ - würde schließlich bedeuten, dass sie weiter Besatzungsmacht in Nordsyrien/Rojava bleibt. So kontrolliert sie strategisch wichtige

Verkehrsknotenpunkte der nordsyrischen Region wie die Autobahn M14, die Antalya mit Mossul verbindet, und dem türkischen Staat dienen soll, im arabischen Raum besser Fuß zu fassen. Sie wird weiterhin Besatzungsmacht der kurdischen Gebiete sein und dschihadistische Strukturen weiter aufbauen, bewaffnen und unterstützen.

Nein zum Krieg! Abzug aller imperialistischen Truppen und Regionalmächte!

In der Türkei, in Russland und den NATO-Staaten brauchen wir eine breit aufgestellte Einheitsfront von Organisationen, Gewerkschaften und Parteien der ArbeiterInnenklasse. Denn nur die ArbeiterInnenklasse kann in internationaler Solidarität mit den Geflüchteten, KurdInnen, der ArbeiterInnenklasse und demokratischen Opposition in Syrien diesen Krieg stoppen! Wer soll eingezogen werden, wenn wir streiken? Wie soll die Türkei weiter Krieg führen, wenn die ArbeiterInnenklasse sich mit den bis zu vier Millionen ZivilistInnen in Idlib und den drei Millionen KurdInnen in Nordsyrien solidarisiert, auf die Barrikaden geht und einen Generalstreik ausruft?

Alle Räder stehen still, wenn die Klasse das auch will, und natürlich ist damit auch das Rad eines Panzers gemeint!

Wir brauchen keine weiteren imperialistischen AkteurInnen und Regionalmächte im Krieg in Syrien, die allesamt nur für ihre eigenen Profite und strategischen Interessen kämpfen. Es war schon ein richtiger Schritt, dass sich viele türkische und internationale Linke gegen den Einmarsch der Türkei in die kurdischen Gebiete in Syrien aussprachen und sich mit den KurdInnen solidarisierten, aber Solidarität darf und kann nicht bei Lippenbekenntnissen stehenbleiben! Es muss eine gemeinsame Mobilisierung diskutiert und umgesetzt werden, um die drohende Ausweitung des Kriegs zu verhindern und der Zivilbevölkerung in Idlib beizustehen.

Die ArbeiterInnenklasse, die Gewerkschaften müssen erkennen, dass die Intervention der Türkei in Syrien nicht dem Schutz der Bevölkerung dient,

sondern nur eigenen Machtinteressen und der Verhinderung kurdischer Selbstbestimmung. Sie muss erkennen, dass eine etwaige US-amerikanische oder NATO-Intervention nur dazu führen, kann dass der Kampf um die Neuaufteilung der Welt zwischen den Großmächten eine militärische Form annimmt, sich zu einem internationalen Flächenbrand ausweiten kann. Daher: Nein zu jeder NATO-Intervention! Abzug aller deutschen, französischen, US-amerikanischen Truppen, nein zu allen westlichen imperialistischen Sanktionen! Öffnung der EU-Grenzen für die Flüchtlinge! Sie muss aber auch erkennen, dass die Intervention Russlands und Irans keinen Akt des „Anti-Imperialismus“, sondern selbst nur nackte und brutale Verfolgung eigener geostrategischer Interessen bedeutet. Sie muss erkennen, dass sie mit dem Assad-Regime eine mörderische Kriegsmaschinerie am Leben hält, die für den Tod Hunderttausender und die Vertreibung von Millionen verantwortlich ist.

Ob sich der Krieg in Syrien zu einer internationalen Konfrontation ausweitet oder ob er am Verhandlungstisch auf dem Rücken der Bevölkerung „befriedet“ wird – wir dürfen nicht auf die Assads und Erdogan, die Putins und Trumps, aber auch nicht die Merkels und Macrons unsere Hoffnungen setzen. Sie sind alle Teil des Problems.

Nur eine gemeinsame, internationale Anti-Kriegsbewegung, die sich auf die ArbeiterInnenklasse stützt, kann in der Aktion verhindern, dass sich der syrische BürgerInnenkrieg weiter ausweitet, ja zu einer Konfrontation zwischen NATO und Russland wird.

- Abzug aller imperialistischen Truppen und Regionalmächte aus Syrien, vor allem der türkischen, russischen und iranischen Truppen!
- Nein zu jeder Intervention und Waffenlieferungen an Erdogan oder Assad!
- Abzug aller NATO-Truppen aus der Region, Schließung der NATO-Basen in der Türkei!
- Schluss mit dem EU-Türkei-Deal! Öffnung der europäischen Grenzen für alle Geflüchteten!
- Unterstützung für Rojava sowie für die ArbeiterInnenklasse, die demokratische und sozialistische Opposition in Syrien!

Flucht und Sexismus

Lydia Humphries, Unterstützerin Red Flag Großbritannien,
Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020

Die Reisen von Frauen, intersexuellen und nichtbinären Menschen, die nach Großbritannien einwandern, werden durch die Bedrohung durch sexuelle Übergriffe, Ausbeutung und Gewalt erschwert und gefährlich. Wenn sie in Großbritannien ankommen, sehen sie sich den rassistisch-frauenfeindlichen, -homophoben und -transphoben Strukturen des britischen Einwanderungssystems gegenüber.

Die unmenschlichen Praktiken der Inhaftierung in Abschiebezentren für EinwanderInnen (IRCs) werden durch die institutionell vorherrschenden sexuellen Übergriffe verstärkt. Viele der Personen in den IRCs fliehen bereits vor Missbrauch, was ihre Inhaftierung nach britischem Recht illegal macht. Aber

eine gut dokumentierte „Kultur des Unglaubens“, die in der „feindlichen Umgebung“ Großbritanniens eingebettet ist, lässt MigrantInnen, die sexuelle Übergriffe überlebt haben, oft schutzlos zurück. Eine solche Ungläubigkeit konfrontiert LGBTQI+-Menschen, die vor Verfolgung wegen ihrer Sexualität oder

geschlechtlichen Identität fliehen, wobei viele gezwungen sind, ihre Unterdrückung vor Berufungsgerichten zu „beweisen“, und ihnen diese dennoch immer noch nicht geglaubt wird.

Die AktivistInnen arbeiten gegen die volle Kraft des rassistischen und chauvinistischen britischen Staates, um auf die

Entmenschlichung von MigrantInnen aufmerksam zu machen. Im Jahr 2018 traten 120

Menschen in Yarl's Wood in den Hungerstreik, um gegen die unbefristete Haft,

ausbeuterische Arbeit, den Mangel an angemessener medizinischer Versorgung und

die nicht freiwillige Abschiebung zu protestieren, neben

geschlechtsspezifischeren Themen wie der Inhaftierung von

Missbrauchsüberlebenden. Im Jahr 2016 enthüllten Stonewall und die Lesben- und

Schwulen-Immigrationsgruppe des Vereinigten Königreichs den fehlenden Zugang zu

Medikamenten, Schutz und „sicherer Zuflucht“ für LGBTQI+-Personen in Haft.

An anderer Stelle protestierte der Südost-Londoner Zweig der feministischen Direktaktionsgruppe Sisters Uncut gegen die Anstellung von EinwanderungsbeamtenInnen in den örtlichen Diensten für häusliche Gewalt und

beleuchtete, wie zwischenmenschliche und staatliche Gewalt ineinander greifen,

so dass Frauen und nichtbinäre MigrantInnen aus Angst vor Abschiebung ihre Täter

nicht verlassen können. Diese Kampagne lenkte auch die Aufmerksamkeit auf die

Auswirkungen von No Recourse to Public Funds (Kein Rückgriff auf öffentliche

Gelder; NRPF), einer Bedingung für den Einwanderungsstatus aus Nicht-EU-Ländern, die MigrantInnen und Asylsuchenden den Zugang zu sozialen

Ressourcen wie Flüchtlingsbetten verwehrt, wogegen die sich die Labour-Kampagne

für Freizügigkeit wendet.

Während solche Kampagnen diese Themen weiter ins politische

Rampenlicht gerückt haben, waren die Reaktionen der PolitikerInnen frustrierend

unzulänglich. In ihrem Manifest für 2019 verpflichtete sich die Labour Party zur Schließung der berüchtigten, gewalttätigen Gefangenengelager Yarl's Wood und

Brook House, ohne sich jedoch unmissverständlich gegen die Einwanderungshaft auszusprechen.

Darüber hinaus lösen PolitikerInnen oft die Probleme, mit denen Migrantinnen konfrontiert sind, von dem „feindlichen Umfeld“ und den

damit verbundenen Sparmaßnahmen ab, in die sie eingebettet sind. Ein Beispiel

für diese Praxis ist der Fokus liberaler feministischer Abgeordneter auf den Sexhandel. Wie die Autorinnen von „Revolting Prostitutes“, Molly Smith und Juno

Mac, argumentieren, stellen Kampagnen gegen den Menschenhandel ihn oft so dar,

als ob einzelne Männer die Frauen in eine böse Sexindustrie entführen, und leugnen die Tatsache, dass der Menschenhandel oft dann stattfindet, wenn diejenigen, die bereits migrieren wollen, aufgrund des Mangels an sicheren, erschwinglichen und legalen Wegen, über die sie sich bewegen können, der Ausbeutung ausgesetzt werden.

Solche Kampagnen führen oft zu Forderungen nach der Kriminalisierung von Sexarbeit als Lösung für den Menschenhandel. Die Labour-Abgeordneten Jess Phillips und Sarah Champion, prominente Mitarbeiterinnen

des parteiübergreifenden parlamentarischen Ausschusses „Prostitution und weltweiter Sexhandel“, spiegeln diesen Gedankengang wider. Sie verknüpfen routinemäßig Menschenhandel mit Sexarbeit und nutzen ihre Unterstützung für die

Opfer des Menschenhandels, um für das nordische Modell zu werben, eine Politik,

für die Jeremy Corbyn ebenfalls vage Lippenbekenntnisse abgegeben hat, die Käufer von Sexarbeit und Dritte, die mit dieser in Verbindung stehen, kriminalisieren würde.

Wie SexarbeiterInnen in aller Welt argumentieren, würde jede Form der Kriminalisierung das Überleben von SexarbeiterInnen grundlegend erschweren. Dazu gehören auch migrantische SexarbeiterInnen, die sich möglicherweise für Sexarbeit entscheiden, weil sie keine gesetzlichen Rechte auf Arbeit oder den Zugang zu Sozialleistungen haben, Aspekte eines „feindlichen Umfelds“, die tief mit denselben gewaltsam rassistischen Grenzen verflochten sind, die andere für MenschenhändlerInnen anfällig machen.

So übersieht die Verschmelzung von Sexarbeit und Menschenhandel – die Schuld für beides wird der männlichen Gewalt zugeschoben – die Art und Weise, in der beide als unterschiedliche geschlechtsspezifische Manifestationen der rassistischen und migrantenfeindlichen Strukturen der Klassengesellschaft angesehen werden können, die zu überleben versucht wird.

Sie ignoriert auch die Realität, dass die Wege in die Sexarbeit, auch für MigrantInnen, oft durch einen Mangel an gut bezahlten alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten und durch Kürzungen der Sozialleistungen, die den Schwächsten schaden, genährt werden. Eine solche Rhetorik verschleiert also die gemeinsamen Unterdrückungen zwischen MigrantInnen und anderen Menschen aus der ArbeiterInnenklasse, was den Aufbau von Solidarität zwischen den Gruppen erschwert.

Dieser Fokus auf den Menschenhandel trägt auch dazu bei, dass die gewalttätigen patriarchalischen Kräfte in den halbkolonialen Ländern vereinfacht mit dem Vereinigten Königreich kontrastiert werden, das als

liberaler sicherer Hafen für Frauen und LGBTQI+- Menschen dargestellt wird.

PolitikerInnen aller Couleur haben diese Rhetorik wiedergekäut. Wie die Schriftstellerin Maya Goodfellow argumentiert, verschleiert die Förderung Großbritanniens als ein einladender, fortschrittlicher Staat seine gewaltsam kolonialistische Geschichte und seine bewusst „feindliche“ Gegenwart.

Jede linke oder sozialistische Alternative muss diese Rhetorik grundlegend in Frage stellen. Wir müssen erkennen, dass die miteinander verflochtene Einwanderungs- und Sparpolitik Großbritanniens entscheidend zur gewaltsamen Unterdrückung von Frauen und nichtbinären MigrantInnen

beiträgt. Dies muss ein Engagement für offene Grenzen und die Bereitstellung

sicherer Migrationsrouten durch Europa und darüber hinaus einschließen, wobei

das „feindliche Umfeld“ in Frage gestellt werden muss, das Frauen und LGBTQI+-Asylsuchende weiter dem Missbrauch aussetzt und sie dann zwingt, diesen

Missbrauch erneut zu erleben, um Zuflucht zu finden. Es gibt keine „humanen“

Gefangenenglager, und der Kampf für Frauenrechte muss den für die Beendigung der

unbefristeten Haft und die Schließung von IRCs für EinwanderInnen einschließen.

Die Unterstützung für die Opfer von Menschenhandel muss mit der Unterstützung

der Rechte von SexarbeiterInnen einhergehen, wobei die entscheidenden Unterschiede

zwischen Menschenhandel und Sexarbeit anerkannt werden müssen.

Dennoch muss man

verstehen, wie beide mit einem Kontext von Grenzen, Sparmaßnahmen und dem

Mangel an sicheren, legalen Alternativen zusammenhängen. Grundsätzlich müssen

wir anerkennen, dass die Rechte von Frauen und MigrantInnen Klassenfragen und ein integraler Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus sind.

Rechtsruck: Warum sind die Rechten so reaktionär gegenüber Frauen?

Saskia Wolf, Revolution Deutschland, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

Ob nun in den USA durch Trump, Duterte auf den Philippinen, Modi in Indien, Le Pen in Frankreich oder die AfD in Deutschland, seit mehreren

Jahren erleben wir international ein Erstarken der Rechten. Dies geht einher mit Asylgesetzverschärfungen, Abschiebekampagnen, Angriffen auf Geflüchtete und

Migrant_Innen. Aber nicht nur Nationalismus und Rassismus nehmen zu. Auch

Angriffe auf demokratische Grundrechte und fortschrittliche Gesetze für Frauen

und die Frauenbewegung gehen damit einher. Wir schreiben also das Jahr 2020.

Anstatt dass wir der Befreiung aus der sexuellen Unterdrückung näherkommen,

gibt es ein Rollback für Frauen, ein Zurückwerfen auf ihre Rolle als Mutter und

Hausfrau. Aber warum haben rechte und konservative Kräfte es auf die Freiheit

der Frauen abgesehen?

Seit der Weltwirtschaftskrise 2007/08 hat sich die Konkurrenz zwischen den einzelnen Kapitalist_Innen und ihren Staaten verschärft.

Es kam zu einer massiven Konzentration von Kapital. Gerade die größeren Monopole konnten davon profitieren, während kleinere Unternehmen nicht mithalten konnten.

Kleinere UnternehmerInnen, auch gerne als Mittelstand bezeichnet, haben Angst, ihre Stellung zu verlieren und pleitezugehen. Getrieben von der Angst des sozialen Abstieges fangen sie an, laut herumzubrüllen: Protektionismus, Nationalchauvinismus, Standortborniertheit, das sind ihre Argumente, um sich zu schützen. Kurz gesagt: Sie wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen, um nicht ihren Reichtum zu verlieren. Sie wollen den globalen Kapitalismus also auf reaktionäre Art bekämpfen.

Mit der Fokussierung auf Nationalstaat und Protektionismus geht auch einher, dass das Ideal der „bürgerlichen Familie“ gestärkt werden muss. Denn im Kapitalismus ist die Arbeiter_Innenfamilie der Ort, wo unbezahlte Reproduktionsarbeit stattfindet.

Ob nun Kindererziehung, Altenpflege, Waschen oder Kochen - all das reproduziert

die Arbeitskraft der einzelnen Arbeiter_Innen und sorgt gleichzeitig dafür, dass dem Kapital die Produktivkraft nicht ausgeht. Oftmals wird diese unbezahlte Hausarbeit von Frauen verrichtet. Diese Arbeitsteilung wird dadurch

gefestigt, dass Frauen weniger Lohn als Männer bekommen und sie somit nach

einer Schwangerschaft eher zu Hause bleiben. So verdienen beispielsweise Frauen

im Schnitt 22 % weniger als Männer, machen 75 % der Beschäftigten in sozialen Berufen aus und arbeiten immer noch doppelt so lang im Haushalt wie

Männer. Im Kontrast dazu stehen erkämpfte Rechte von Frauen und LGBTIAs. Ob nun

Legalisierung von Homosexualität, die Gleichstellungsgesetze, das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper - all das lehnen die Reaktionär_Innen

mit aller Macht ab. Denn diese Errungenschaften greifen das Idealbild der Familie an, auf das sie stark angewiesen, sind damit ihre protektionistische Vorstellung der Nation Wirklichkeit wird.

Warum sind sie erfolgreich?

Um erfolgreich gegen rechts zu kämpfen, müssen wir verstehen, warum diese überhaupt so stark geworden sind. Ein zentraler Grund

dabei ist die Führungskrise der Arbeiter_Innenklasse. Nach der Finanzkrise stieg nicht nur die Konkurrenz unter den Kapitalist_Innen. Große Teile der Krisenkosten wurden auf die Arbeiter_Innenklasse abgewälzt in Form von Sparmaßnahmen,

Entlassungen und dem Ausbau des Niedriglohnsektors. Das sorgte dafür, dass

große Teile der Klasse in Armut abrutschten. Dabei konnten weder Sozialdemokratie noch Gewerkschaften die Lage verbessern. Vielmehr verwalteten

sie diese Politik im Interesse des Kapitals mit. Die desillusionierten Teile der Arbeiter_Innenklasse wenden sich daraufhin den Versprechungen der Populist_Innen zu.

Was tun?

Gegen Rechtspopulist_Innen und Reaktionär_Innen bedarf es einer antirassistischen Arbeiter_Inneneinheitsfront, nicht nur gemeinsamen Kampfs mit den Bürgerlichen gegen rechtliche Einschränkungen. So nennen

wir

einen Zusammenschluss zwischen Organisationen der Arbeiter_Innenklasse für

Klassenziele, die z. B. die liberalen Elemente nicht teilen, und mit Kampfmitteln wie Streiks, über die andere Klassen nicht verfügen. Im Zuge dessen bedarf es zentraler Aktionstage, bei denen alle Beteiligten mobilisieren. Dabei ist es wichtig, nicht nur formal zu einer Demo aufzurufen, sondern klar zu fordern, dass die Basis der Organisationen in die Mobilisierung

einbezogen wird. Das bedeutet, dafür einzutreten, dass es Vollversammlungen und

Aktionskomitees an Schulen, Unis und in

Betrieben gibt, die sich im Rahmen der Mobilisierungen mit der aktuellen Politik auseinandersetzen und sich fragen: Wie kann hier konkret eine fortschrittliche Politik aussehen? Das sorgt dafür, dass an den Orten, an denen

wir uns tagtäglich bewegen müssen, eine bewusste politische Auseinandersetzung

anfängt und zeitgleich mehr Leute erreicht werden als jene, die sich eh schon für Antirassismus und Antifaschismus interessieren. Zentral ist es, Kämpfe miteinander zu verbinden und nicht nur aktuelle Angriffe abzuwehren, sondern

auch für konkrete Verbesserungen, um aus der Defensive herauszukommen. Um die

Situation von Geflüchteten unmittelbar zu verbessern, müssen Revolutionär_Innen

für offene Grenzen und Staatsbürger_Innenrechte für alle eintreten. Darüber hinaus müssen wir die Integration in die Gewerkschaften verlangen, um gemeinsam

der Spaltung entgegenzutreten, besser gemeinsame Kämpfe führen zu können wie

beispielsweise für einen höheren gesetzlichen Mindestlohn, aber auch das Selbstbestimmungsrecht

über den eigenen Körper.

Wenn wir erfolgreich dem Rechtsruck entgegentreten wollen, müssen wir aktiv gegen rassistische, sexistische Spaltung und für Verbesserungen der Klasse kämpfen. Nur so können wir die Reaktionär_Innen aufhalten!

Islamische Bekleidung: Sexismus und Islamfeindlichkeit in den imperialistischen Kernländern

Rebecca Anderson, Red Flag Großbritannien, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

In den letzten zehn Jahren haben viele europäische Länder Frauen verboten, islamische Kleidung zu tragen. PolitikerInnen haben dazu tendiert, diese islamfeindlichen Gesetze als Integration oder Frauenbefreiung zu verkleiden und sie damit zu rechtfertigen, dass sie genau den Frauen zugutekommen, deren Rechte beschnitten werden.

Die Verbote sind von Land zu Land unterschiedlich und umfassen die Burka, die Kopf und Gesicht einschließlich der Augen bedeckt, den Niqab, der Kopf und Gesicht, aber nicht die Augen bedeckt, und den Hidschab oder das Kopftuch, das nur den Kopf bedeckt.

Zunehmende Islamophobie

Der Rassismus gegen MuslimInnen in Europa und Nordamerika hat nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA, den darauf folgenden

Invasionen im Irak und in Afghanistan sowie dem Syrienkrieg deutlich zugenommen. Mit der Invasion und Besetzung der Länder des Nahen und Mittleren

Ostens kam der Terrorismus durch diejenigen auf, die sowohl durch den Konflikt

selbst als auch durch die soziale Isolation und den Rassismus, denen sie als MuslimInnen in Ländern wie Großbritannien, Frankreich und den USA ausgesetzt

waren, radikalisiert wurden.

Im Jahr 2019 richteten sich 47 Prozent der Hassverbrechen in Großbritannien gegen MuslimInnen. Frauen waren in der Regel die meisten Opfer,

wobei weiße Männer am ehesten als Täter in Frage kamen. In den USA gibt es ein

ernstes Problem mit der beiläufigen Berichterstattung über Hassverbrechen, die

ebenfalls nur langsam veröffentlicht werden, aber es gab eine 2000-prozentige

Zunahme der Angriffe und solche Vorfälle verharren auf hohem Niveau.

Verbot der islamischen Kleidung

In diesem Zusammenhang sind die Staaten dazu übergegangen, muslimischen Frauen das Tragen traditioneller islamischer Kleidung zu verbieten, was in der Bevölkerung breite Unterstützung findet. Eine 2016 in Großbritannien durchgeführte YouGov-Umfrage ergab, dass mehr als zwei Drittel

der Bevölkerung ein Verbot der Burka unterstützten, wobei die 18-24-Jährigen

die einzige Altersgruppe waren, die sich gegen ein Verbot aussprachen.

Umfragen

ergaben ein ähnliches Maß an Unterstützung für ein Verbot in Deutschland, jedoch eine Zweidrittelmehrheit gegen ein Verbot in den Vereinigten Staaten,

was vielleicht eine historisch-kulturelle Opposition gegen die staatliche Einmischung in persönliche Angelegenheiten widerspiegelt.

Im Jahr 2011 war Frankreich bekanntlich das erste europäische Land, das Burkas und Niqabs verboten hat. Dasselbe Gesetz verbot

Staatsangestellten, einschließlich Lehrerinnen, das Tragen von Hidschabs.

Belgien folgte schnell dem Beispiel und verbot Burkas und Niqabs drei Monate

später, während die Niederlande 2016 ein ähnliches Gesetz verabschiedeten.

Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel hat sich für Verbote im Jahr 2016 ausgesprochen: „Der volle Gesichtsschleier ist unangemessen und sollte verboten werden, wo immer es rechtlich möglich ist“. Die Hälfte der sechzehn deutschen Bundesländer hat Vorschriften eingeführt, die es muslimischen Lehrerinnen verbieten, ihr Haar oder ihr Gesicht zu bedecken. Österreich hat 2017 den Niqab und die Burka in Gerichten und Schulen verboten.

In Großbritannien hat der Staat das Recht der Frauen, ihr Gesicht oder ihre Haare zu bedecken, nicht eingeschränkt, erlaubt aber einzelnen Schulen, Verbote auszusprechen.

Eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen das französische Verbot ist gescheitert, und so wurde diese Behandlung muslimischer Frauen auf supranationaler Ebene gebilligt, so dass europäische Frauen keine weiteren Rechtsmittel gegen diese Verbote besitzen.

Die „feministische“ Verteidigung

Das Verbot islamischer Kleidung hat bei den rechten FeministInnen Unterstützung gefunden, insbesondere in Frankreich. Diese Rechtfertigungen geben der Islamophobie einen feministischen Deckmantel und wurden von den GesetzgeberInnen aufgegriffen.

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy sagte 2009: „Das Problem der Burka ist kein religiöses Problem, es ist ein Problem der Freiheit und der Würde der Frau. Sie ist kein religiöses Symbol, sondern ein Zeichen der Unterwürfigkeit und Entwürdigung. Ich möchte feierlich sagen, dass die Burka in Frankreich nicht willkommen ist. In unserem Land können wir keine weiblichen Gefangenengen hinter einem Wandschirm aufnehmen, die von allem sozialen Leben abgeschnitten und jeder Identität beraubt sind. Das ist nicht unsere Vorstellung von Freiheit.“

Die französische feministische Organisation, die Internationale Liga für Frauenrechte, betrieb beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte das Verbot von Niqabs und Burkas und schrieb: „Der Ganzgesichtsschleier, indem er [buchstäblich den Körper und] das Gesicht begräbt, stellt eine wahre Auslöschung der Frau als Individuum in der Öffentlichkeit dar... Wie kann man nicht sehen, dass das Tragen des Vollschleiers auch eine symbolische Gewalt gegenüber anderen Frauen darstellt?“

Die Wirkung dieses „Feminismus“ besteht darin, muslimische Frauen von der Arbeit zu verdrängen und sie auf der Straße unsicherer zu machen. Verbote geben RassistInnen, die muslimische Frauen missbrauchen oder angreifen wollen, mehr Auftrieb. Sie ermutigen KundInnen und KolleInngen,

diejenigen herauszufordern, die islamische Kleidung tragen, und sie legalisieren die Entlassung muslimischer Frauen aus dem Arbeitsleben.

Nach der Verhängung des französischen Verbots von Niqabs und Burkas berichtete das französische Kollektiv gegen Islamophobie über einen Anstieg der Zahl der körperlichen Angriffe auf Frauen, die diese Kleidung tragen.

Die Logik dieser Verbote verweigert den muslimischen Frauen die Fähigkeit, eigene Entscheidungen zu treffen, politische Ideen zu entwickeln und sich zu organisieren. Muslimische Frauen werden als Opfer ihrer Familien und Gemeinschaften behandelt, und die Tatsache, dass sie nie um diese Verbote gebeten haben, wird nicht einmal in Betracht gezogen.

Das Integrationsargument

Es ist auch nicht so, dass der Niqab und die Burka weit verbreitet sind. In Vorbereitung auf das Verbot der islamischen Kleidung in Frankreich, einem Land mit fünf Millionen MuslimInnen, hat die Regierung den Geheimdienst gebeten, Statistiken über die Anzahl der französischen Musliminnen zu erstellen, die diese Kleidungsstücke tragen. Als der Geheimdienst berichtete, dass weniger als vierhundert ihr Gesicht bedeckten, wurde er gebeten, erneut zu zählen, und kam mit einer Zahl von knapp zweitausend zurück.

MuslimInnen werden für die Diskriminierung gegen sie verantwortlich gemacht, und der Niqab und die Burka werden als Symbole für ein „Versagen“ bei der Integration hochgehalten. Es wird argumentiert, dass MuslimInnen, wenn sie sich besser integrieren würden, nicht mit rassischer oder

religiöser Diskriminierung konfrontiert würden. Es ist jedoch die Diskriminierung, die der Teilnahme muslimischer Frauen am öffentlichen Leben

Hindernisse in den Weg legt. In Großbritannien stellte der Ausschuss für Frauen

und Gleichberechtigung fest, dass muslimische Frauen dreimal so häufig arbeitslos

sind und nach Arbeit suchen.

Marxismus, Sexismus und Islamfeindlichkeit

Als MarxistInnen erkennen wir natürlich den Sexismus, der der Idee innewohnt, dass Frauen sich „bescheiden“ kleiden sollten. Es ist nicht

Sache der Frauen, sich zu kleiden, um sexuelle Belästigung zu vermeiden, sondern es ist Sache der Männer, sich zu entscheiden, nicht zu belästigen. Das

Christentum blickt auch auf eine lange Tradition zurück, in der Frauen ihre Haare aus Bescheidenheit bedecken, daher die Bekleidungsgebräuche bei Nonnen.

Religionen wie das Christentum und der Islam gründen auf den Geschlechterverhältnissen, wie sie vor Jahrhunderten bestanden, und während sie

sich ständig an die Ideologien der derzeit herrschenden Klassen christlicher und muslimischer Länder anpassen, sind sie wie alle Religionen konservative Ideologien, die zur Rechtfertigung der Unterdrückung von Frauen in der Klassengesellschaft benutzt werden.

Das Verbot islamischer Kleidung schafft nicht nur ein feindseliges Umfeld für muslimische Frauen, sondern trägt auch dazu bei, Kriege

im Nahen und Mittleren Osten und die Unterdrückung der muslimischen Bevölkerung

imperialistischer Länder zu rechtfertigen, indem Muslime als einzigartig sexistisch dargestellt werden, die eine oft ghettoisierte Gemeinschaft

„entfremden“.

Feministinnen, die die Verbote unterstützen, verleihen der rassistischen Politik, die die Unterdrückung der muslimischen Frauen verschlimmert, einen

feministischen Deckmantel.

RevolutionärInnen sollten sich auch gegen die Verbote wenden, weil jedes Gesetz, das die individuelle Freiheit einschränkt, gegen Andersdenkende eingesetzt wird. Im Jahr 2012 benutzte die Polizei in Marseille

die französischen verbotenen Burkas und Niqabs, um Frauen in Sturmhauben zu

verhaften, die gegen die Verurteilung der russischen Punkband Pussy Riot protestierten. Die Verhaftung weißer Feministinnen war nicht die Absicht des Verbots, aber die Polizei wird immer alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen.

Die entscheidende Lösung für die Befreiung der muslimischen Frauen ist die gleiche wie für alle Frauen: volle und uneingeschränkte Teilnahme am öffentlichen Leben. Dazu gehört alles, von der kostenlosen Kinderbetreuung über die gleiche Bezahlung zur Beseitigung der materiellen Basis der Frauenunterdrückung bis hin zur Bekämpfung von Belästigungen und der

Bereitstellung von Zuflucht für Überlebende. Für muslimische Frauen gibt es auch spezifische Maßnahmen, und dazu gehören die Freiheit, islamische Kleidung

zu tragen, und offene Grenzen, um die Superausbeutung von Menschen ohne Staatsbürgerschaft zu verhindern. Es muss auch anerkannt werden, dass der Rassismus, den muslimische Frauen erleben, sich mit dem Sexismus überschneidet,

und der Kampf für die Befreiung der Frauen kann nicht vom Widerstand gegen imperialistische

Kriege im Ausland und rassistische Maßnahmen zur Stigmatisierung der muslimischen Bevölkerung der imperialistischen Länder, insbesondere von MigrantInnen und Flüchtlingen, getrennt werden.

Dresden: Bericht zu den antifaschistischen Aktionen zum 13. und 15. Februar!

Am 13. Februar 1945 wurde Dresden von der Royal Air Force bombardiert. Zum 75. Jahrestag versuchten Neonazis und die AfD, wie in den vergangenen Jahren auch schon, einseitig der Bombenopfer zu gedenken und diese für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Jedoch wird nicht nur von faschistischen Kräften und anderen Rechten, sondern auch von der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“, von der Stadtverwaltung und den bürgerlichen Parteien seit Jahren hartnäckig ein Opfermythos um das angeblich „unschuldige Dresden“ konstruiert, an den die Neonazis und RechtspopulistInnen mit ihren sogenannten „Trauermärschen“ und Gedenkkundgebungen nahtlos anknüpfen. Daher sollte man sich auch nicht über die Beteiligung von militanten Neonazis und faschistischen Kadern an den offiziellen Gedenkveranstaltungen der Stadt, wie an der undifferenzierten Verlesung der Namen aller Bombenopfer auf dem Heidefriedhof oder an der Menschenkette, wundern. Dass am 13. Februar beim Gedenken auf dem Friedhof undifferenziert Namen von Bombenopfern verlesen wurden, unter denen neben denen von ZivilistInnen auch viele NSDAP-Mitglieder und andere faschistische TäterInnen genannt wurden, ist für sich genommen schon bizarr. Dass aber Mitglieder von FDP (Stefan Scharf) und CDU zusammen mit der AfD beim Verlesen der Bombenopfer ausgerechnet dem stadtbekannten Neonazi Sebastian P. A. lauschten, stellte dabei die Spitze des Eisbergs dar. (1) Natürlich war vor allem die Bombardierung der ArbeiterInnen-Viertel durch die Alliierten zum Ende des Zweiten Weltkriegs ein unnötiges (aus heutiger Sicht) Kriegsverbrechen. Insbesondere, weil zu diesem Zeitpunkt die Rote Armee bereits vor Görlitz stand, also kaum mehr 100 Kilometer von Dresden entfernt war und immer weiter vorstieß. Jedoch stellt das einseitige Gedenken der Bombenopfer eine Form des

Geschichtsrevisionismus dar, da dieses ausblendet, dass der Zweite Weltkrieg durch das faschistische Deutschland begonnen wurde und der Bombardierung Dresdens die Luftangriffe der Wehrmacht auf Städte wie Coventry und Rotterdam vorausgingen. Ein solches Gedenken kann nur als perfider Versuch einer Täter-Opfer-Umkehr verstanden werden.

Wir haben uns auch dieses Jahr wieder der AfD und den Neonazis in den Weg gestellt und uns an den antifaschistischen Gegenaktivitäten beteiligt. Am 13. Februar hatte die AfD wieder zu einer Kranzniederlegung auf dem Altmarkt mobilisiert, an der sich etwa 150-200 Rechte, unter ihnen auch militante Neonazis, beteiligten. An der Gegenkundgebung nahmen etwa gleich viele AntifaschistInnen teil. Durch den lautstarken Protest gegen die AfD konnte die Vereinnahmung der Bombardierung der Stadt an diesem Abend zumindest akustisch teilweise erheblich gestört werden.

Am 15. Februar fand dann der alljährliche „Trauermarsch“ der FaschistInnen statt. Dieses Jahr hatte der NPD-Kreis- und stellvertretende Landesvorsitzende Maik Müller die Demonstration angemeldet, die 14 Uhr am Skatepark in der Nähe des Hauptbahnhofs beginnen sollte. Aufgrund des 75. „Jubiläums“ der Bombardierung Dresdens und des gesellschaftlichen Rechtsrucks, unter dem auch faschistische Kräfte wieder erstarken, wurden dieses Jahr bis zu 1.500 TeilnehmerInnen erwartet. Tatsächlich beteiligten sich allerdings „nur“ etwa 1.000 Menschen am Fackelmarsch der Neonazis, darunter wie in der Vergangenheit auch schon viele aus den umliegenden Nachbarländern. Erfreulich hingegen war dieses Jahr die Beteiligung an den antifaschistischen Gegendemonstrationen und Aktionen. Laut dem Bündnis „Dresden Nazifrei“ nahmen hieran sogar bis zu 5.000 Menschen teil. Dies stellt für sich bereits einen enormen Mobilisierungserfolg dar, wenn man bedenkt, dass sich im Vorjahr gerade mal 1.000 Menschen an der antifaschistischen Gegendemo beteiligten. Hierdurch und durch das entschlossene Handeln vieler AntifaschistInnen konnte der Naziaufmarsch mittels Blockaden erheblich gestört werden. Trotz der 1.500 PolizistInnen, die an dem Tag im Einsatz waren und auch nicht gerade zurückhaltend und zimperlich im Umgang mit den AntifaschistInnen vorgingen, gelang es der Polizei nicht, den „Trauermarsch“ wie geplant durchzusetzen. Das Ziel der

Neonazis, durch die Innenstadt zu laufen, konnte erfolgreich verhindert werden. Stattdessen mussten die FaschistInnen eine alternative, weitaus kürzere Route vom Skatepark über die Wiener Straße, Strehlener Straße hin zur Hochschule für Technik und Wirtschaft ablaufen, wo dann der Aufmarsch bereits endete. An der Abschlusskundgebung gab es dann schließlich Protest in Hör- und Sichtweite, an dem sich rund um den Hauptbahnhof so viele Menschen beteiligten, dass die Nazis unter massivem Polizeischutz von der HTW zum Hauptbahnhof geführt werden mussten.

Wir bewerten vor allem die antifaschistischen Aktionen am 15. Februar als erfolgreich. Dass es gelang, derartig viele Menschen zu mobilisieren und in die Blockaden mit einzubinden, war alles andere als vorher absehbar. Dass die Blockaden trotz der 1.500 Cops, die an dem Tag im Einsatz waren, standhalten konnten und somit den Neonazis den Tag vermiesten, kann nur als positive Entwicklung gesehen werden. Wir werden die Ereignisse vom 13. und 15. Februar auf unserem Auswertungstreffen am 24.02. noch mal ausführlich analysieren. Jedoch lässt sich jetzt schon sagen, dass wohl vor allem die Ereignisse in Thüringen um die Wahl von Kemmerich zum Ministerpräsidenten von AfD Gnaden der Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch in Dresden in die Hände gespielt haben. Auch die Debatte über die unglückliche Entscheidung des #Unteilbar-Bündnisses, gleichzeitig am 15. Februar für eine bundesweite Großdemonstration in Erfurt wegen der Causa Kemmerich zu mobilisieren und der darauf folgende „Kompromiss“ des Bündnisses, sowohl zur Teilnahme an der Demo in Erfurt als auch zur Beteiligung an den antifaschistischen Gegenaktionen in Dresden aufzurufen, wird mit zum Mobilisierungserfolg beigetragen haben. Nicht zuletzt hat sich dieses Jahr ein neues Aktionsbündnis gegründet, um den faktischen Zusammenbruch des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ abzufedern und die Mobilisierung und Organisation der Gegenproteste zu organisieren. Es ist nicht auszuschließen, dass sich dieser neue Zusammenschluss von vielen linken Gruppen ebenfalls positiv auf die Mobi ausgewirkt hat und ein weiterer Grund für die rege Teilnahme darstellt.

Leider kam es wieder einmal gleich zu mehreren Angriffen auf uns und Vorwürfen uns gegenüber durch die sogenannten „Antideutschen“ und jene

Linken, die deren Argumente unreflektiert teilen. Bereits auf der Auftaktkundgebung „Nazis stören“ am Hauptbahnhof, wo auch wir uns versammelten, kam es noch vor Beginn der eigentlichen Demonstration zu einem Übergriff durch vermeintliche Antideutsche auf uns. Eine Gruppe aus drei Menschen versuchte, unser Transparent zu entwenden, und zerrte minutenlang daran, konnte ihr Ziel jedoch nicht erreichen. Daraufhin wurde über den Lauti durchgesagt, dass antisemitische Gruppen (gemeint waren unter anderem die MLPD und wir) auf der Demo nicht erwünscht seien. Für diese Durchsage ist vermutlich die Gruppe HOPE verantwortlich, die uns auch schon in der Vergangenheit regelmäßig als antisemitisch diffamierte. Eine Begründung für diesen haarsträubenden Vorwurf wurde natürlich nicht mitgeliefert. Als wir das Gespräch mit dem Anmelder der Demonstration suchten, wurde behauptet, dass der Antisemitismus sich in einer angeblichen Solidarität mit der Hamas zeigen würde. Auf den Hinweis, dass sogar in unserem Programm wortwörtlich steht, dass die Hamas eine theokratisch-fundamentalistische, antisemitische und sexistische, reaktionäre Kraft darstellt, die den gemeinsamen Kampf der unterdrückten PalästinenserInnen mit der israelischen ArbeiterInnenklasse blockiert, wurde nicht weiter eingegangen. Es zeigte sich jedoch, dass unsere konsequente Ablehnung des bürgerlichen Nationalismus und unsere sozialistische Perspektive, die wir im Nahostkonflikt aufwerfen, das eigentliche Problem für die Antideutschen war. Dies als Antisemitismus zu diffamieren, entbehrt jeglicher Grundlage und zeigt die Schwäche in der Analyse von vielen Linken auf. Erwähnenswert ist auch, dass auf der Demonstration nur antikapitalistische Gruppen offen angegriffen wurden, während bürgerliche Parteien wie die Grünen und die verbürgerlichte SPD, die mit ihrer Politik mitverantwortlich für den Rechtsruck, die rassistische Abschiebepraxis und Asylgesetzverschärfung sind, überhaupt nicht kritisiert wurden. Im Verlauf der Demonstration und Blockaden hatten wir dann immer wieder Probleme mit Antideutschen und anderen Verwirrten, die meinten, uns den Verkauf von Zeitungen und das Verteilen von Flyern verbieten zu müssen. In den darauf folgenden Diskussionen kamen die absurdesten Argumente zum Vorschein. Neben unseren Fahnen störten diese übereifrigen „Linken“ sich vor allem auch an einigen GenossInnen, die eine Kufiya (arabische Kopfbedeckung) trugen, und versuchten teilweise, diese herunterzureißen. Danach holten diese

Antideutschen wieder den Anmelder, der versuchte, die Blockade an der Prager Straße als Versammlung anzumelden. Dieser wollte uns das Verteilen unserer Flyer verbieten und drohte sogar damit, uns durch die Polizei von der Blockade entfernen zu lassen, falls wir uns nicht daran halten.

Wir weisen den Vorwurf, dass wir eine antisemitische Organisation sind, entschieden zurück. Unsere Solidarität mit der palästinensischen Befreiungsbewegung und das Eintreten für einen gemeinsamen, säkularen und sozialistischen Staat, in dem kein Mensch mehr aufgrund seiner Herkunft oder religiösen Überzeugung unterdrückt wird, hat absolut gar nichts mit Antisemitismus zu tun. Ganz im Gegenteil: Als KommunistInnen sind wir die entschlossensten GegnerInnen des Antisemitismus, da wir diesen nicht nur täglich auf der Straße, in der Schule, Uni und im Betrieb bekämpfen, sondern auch dessen Wurzel, den Kapitalismus.

Wir halten den Versuch, den antifaschistischen Gegenprotest noch vor Beginn der eigentlichen Demo zu spalten und uns durch absurde Vorwürfe öffentlich zu diffamieren, für einen schwerwiegenden politischen Fehler. Im Kampf gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft und gegen faschistische Aufmärsche brauchen wir eine gemeinsame Aktionseinheit, wenn wir erfolgreich sein wollen. Eine Spaltung nützt letztlich nur den Rechten und dem/der KlassenfeindIn, aber sicher nicht der Entwicklung einer schlagkräftigen antifaschistischen Bewegung. Gerade vor dem Hintergrund der allgemeinen Schwäche der Linken hierzulande, aber auch aufgrund der stetig stärker werdenden Repression und Kriminalisierung von Linken durch den bürgerlichen Staat sollten wir enger zusammenrücken und uns trotz vorhandener Differenzen zumindest auf der Straße solidarisch zeigen. Vorhandene Kritik und Diskussionen um die richtigen Inhalte sollten nicht verschwiegen oder abgewürgt werden, sondern müssen und können auch öffentlich geäußert werden. Jedoch bringen uns unbegründete, an den Haaren herbeigezogene Vorwürfe, Verbote, als Organisationen offen aufzutreten und die eigenen Inhalte zu verbreiten und zu bewerben bis hin zu körperlichen Übergriffen und Auseinandersetzungen, keinen Schritt voran. Vielmehr sabotiert ein solcher „Stil“ lediglich die Handlungsfähigkeit unserer Bewegung. Stattdessen müssen wir für eine bedingungslose Kritik- und

Propagandafreiheit in der Aktionseinheit eintreten und uns kritisch-solidarisch miteinander über die richtigen Inhalte streiten. Falsche Positionen innerhalb der hiesigen Linken werden nicht durch Verbote und physische Übergriffe überwunden, sondern durch den Austausch von Argumenten. Wir waren bisher immer zu Diskussionen bereit und sind es auch nach wie vor, um die falschen Vorwürfe und vorhandene Vorurteile uns gegenüber aus der Welt zu schaffen. Dass wieder einmal nicht der solidarische Streit, sondern technische Angriffe uns gegenüber bevorzugt werden, können wir nur als Fehlen von vernünftigen Argumenten bewerten. Daher sind wir uns nach wie vor sicher, dass unsere sozialistischen Positionen richtig sind und dass nicht wir das Problem innerhalb der Dresdner Linken darstellen.

Am kommenden Montag ist Höcke bei Pegida als Gastredner angekündigt. Beim Gegenprotest wird sich zeigen, ob die Linke hier lernfähig ist oder aber ihren falschen Stil beibehält. Wenn sich am sektiererischen Verhalten von einigen „linken“ AktivistInnen nichts ändert, braucht sich auch keiner zu wundern, warum Pegida auch nach über 5 Jahren noch läuft und weiterhin regelmäßig 1.500 Rechte mobilisiert, während der Gegenprotest stets bei unter 50 TeilnehmerInnen stagniert.

Am 24.02. führen wir ein offenes Nachbereitungstreffen durch. Kommt vorbei, diskutiert mit uns über die Aktionen und darüber, wie wir die Bewegung weiter aufbauen können und welche Inhalte wir hierfür brauchen! Werdet auch über die bisherigen Aktionen hinaus aktiv und organisiert euch revolutionär!

Naziaufmärsche in Dresden

verhindern - Pull em' up now, before they take root!

Peter Böttcher, zuerst erschienen auf arbeiterinnenmacht.de

Kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs, vom 13. bis 15. Februar 1945, wurde die Stadt Dresden von der Royal Air Force bombardiert. Den Luftangriffen fielen offiziellen Schätzungen zufolge ca. 22.700-25.000 Menschen zum Opfer.

Seit den 1990er Jahren marschieren jährlich FaschistInnen durch Dresden, um die Bombardierung der Stadt für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Mehr noch als das: sie versuchen, die Geschichte zu verfälschen, indem sie das Dritte Reich als unschuldiges Opfer der alliierten Bombenangriffe darstellen und zu den vorangegangenen Kriegsverbrechen der Nazis schweigen. So wird durch das Herbeifantasieren von mehreren hunderttausend Bombentoten, durch die ständige Rede von versuchtem Genozid, durch die Bezeichnung der Luftangriffe als „alliiertes Bombenholocaust“ gezielt versucht, einen Opfermythos um das faschistische Deutschland zu schaffen. Gleichzeitig wird der eigentliche Holocaust von den AnmelderInnen der Nazidemos geleugnet.

Entwicklung

Anfangs waren die Teilnehmer_Innenzahlen der sogenannten „Trauermärsche“, die unter solch Titeln wie „Ehre den Opfern des Bombenterrors“ beworben wurden, noch recht überschaubar. Im Laufe der Jahre und durch die zunehmende Unterstützung aus den Nachbarländern erhielten diese jedoch massiven Zulauf. In den Jahren 2009-2010 erreichten

die faschistischen Mobilisierungen zum 13. Februar ihren Höhepunkt, als bis zu 6.500 Rechte durch Dresden marschierten und den sogenannten „Trauermarsch“ als einen der größten Naziaufmärsche Europas etablierten.

Im Jahr 2009 gründete

sich auch auf Initiative der Interventionistischen Linken (IL) hin das antifaschistische Bündnis „Dresden Nazifrei“. Diesem gehörten linke Parteien,

verschiedene Strömungen der radikalen Linken, Gewerkschaften, kirchliche sowie

auch „zivilgesellschaftliche“ Initiativen an. Durch die damit erreichte bundesweite Vernetzung und Mobilisierung gelang es in den Folgejahren, die faschistischen Demonstrationen mittels Massenaktionen und Blockaden zu verhindern. Daraufhin ging die Beteiligung an den „Trauermärschen“ bis 2015 auf

ein Minimum zurück und nahm erst infolge des Rechtsrucks wieder zu.

In den letzten Jahren gelang es den Neonazis erneut, überregional zu mobilisieren und die Beteiligung zu steigern. Gleichzeitig war es aufgrund einer nach den anfänglichen Blockadeerfolgen allgemein rückläufigen und wieder regional begrenzten Gegenmobilisierung seither nicht mehr möglich, den faschistischen Aufmärschen effektiv etwas entgegenzusetzen. In den letzten Jahren gab es zwar auch immer Gegenaktionen und kleinere Blockadeversuche, dennoch konnten die „Trauermärsche“ beinahe ungehindert stattfinden und die Teilnehmer_Innenzahlen an den Demos der Rechtsradikalen wie auch an den antifaschistischen Gegenaktionen waren nahezu gleich. Während die Beteiligung an den Neonazi-Demos vor einigen Jahren nur noch bei wenigen Hunderten lag, ist diese bis zum letzten Jahr wieder kontinuierlich auf etwa 1.000 angewachsen.

Hierfür gibt es unterschiedliche Gründe: Die steigenden Teilnehmer_Innenzahlen auf Seiten der Rechten stehen im Zusammenhang mit dem allgemeinen Erstarken des Rechtspopulismus in Deutschland und der Welt. Wahlerfolge von rechten Parteien wie dem Rassemblement National in Frankreich (ehemals Front National), der PiS in Polen oder der AfD hierzulande zeigen, dass nationalistisches und rassistisches

Gedankengut von breiten Teilen der Gesellschaft mitgetragen wird und in Parlamenten und Regierungen wieder salonfähig geworden ist. Von den Wahlerfolgen abgesehen konnten wir aber auch gerade in Dresden die Entstehung und das Wachsen der völkisch-nationalistischen PEGIDA-Bewegung beobachten, welche Wähler_Innen und Politiker_Innen der AfD, aber auch rechtsradikale Gruppierungen wie die „Identitäre Bewegung“, die „Freie Kameradschaft Dresden“ (FKD) und die „Gruppe Freital“ in sich vereinte und zeitweise bis zu 25.000 Menschen mobilisieren konnte. Anfangs als „besorgte BürgerInnen“ abgetan konnte so ein Schulterschluss zwischen militanten Neonazis, der „Neuen Rechten“ und breiten Teilen der nach rechts gerückten Gesellschaft stattfinden.

Rechtsruck und Kapitalismus

Angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks ist davon auszugehen, dass die Naziaufmärsche weiter an Zulauf gewinnen werden. Was es aber braucht, um die Demos der FaschistInnen rund um den 13. Februar dieses Jahr sowie in Zukunft mit Massenblockaden zu verhindern, aber auch, um den Rechtsruck zu stoppen, ist eine überregionale, breit aufgestellte antifaschistische Bewegung. Eine Aktionseinheit der Gewerkschaften, linken Parteien und Gruppen wäre durch die Einbindung einer Vielzahl der bereits organisierten Arbeiter_Innen nicht nur imstande, den „Trauermärschen“ ein Ende zu setzen, sondern könnte auch durch das Aufwerfen von Forderungen nach Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen für alle und durch das Entfachen entsprechender Kämpfe um diese Forderungen ein guter Ansatz für eine soziale Bewegung sein, die dem Rechtsruck in der Gesellschaft tatsächlich etwas entgegensetzen kann.

Denn dieser und das damit einhergehende Erstarken faschistischer Kräfte hat seine Wurzeln im Kapitalismus. Konkurrenzdenken, systemimmanente Wirtschaftskrisen und die damit einhergehende Gefahr des sozialen Abstiegs für das Kleinbürger_Innentum, Sozialabbau, Prekarisierung und soziale Ungleichheit im Allgemeinen sind der Nährboden für rassistische Vorurteile und reaktionäre Bewegungen. Wenn die Arbeiter_Innenbewegung keine

fortschrittliche Antwort und Kampfperspektive zu weisen vermag, kann die gesellschaftliche Angst und Verzweiflung leicht zum Nährboden für die Kräfte der Reaktion, für Rechtspopulismus, Nationalismus oder sogar Faschismus werden.

Deshalb müssen wir den Aufbau einer antifaschistischen und antirassistischen Arbeiter_Inneneinheitsfront mit einer schonungslosen Kritik an der Politik der herrschenden Klasse und diesem Wirtschaftssystem verbinden. Wir müssen uns bewusst machen, dass der Faschismus seinen Ursprung im Kapitalismus hat, dass er mitsamt all der Katastrophen, die er über die Menschheit brachte, geschehen ist und folglich wieder geschehen kann. Wir müssen uns auch vor Augen führen, dass der historische Faschismus nur deshalb erfolgreich war und innerhalb kürzester Zeit die antifaschistische Arbeiter_Innenbewegung zerschlagen konnte, weil diese damals uneinig und gespalten war, weil die Sozialdemokratie ihr Heil im Bündnis mit den bürgerlichen Parteien suchte, während sich die KPD weigerte, systematisch für die Einheitsfront gegen den Faschismus einzutreten.

Natürlich gibt es Differenzen zwischen den einzelnen Parteien, Gruppen und Strömungen. Diese sollten nicht in den Hintergrund gerückt werden, sondern ganz im Gegenteil: Die unterschiedlichen Auffassungen, Positionen und Taktiken müssen offen diskutiert und es muss um eine effektive Strategie im Kampf gegen rechts gestritten werden. Jedoch dürfen uns diese Differenzen nicht davon abhalten, zusammenzuarbeiten und die vorhandenen Ressourcen in der Einheit nach außen zu bündeln. Die antikapitalistischen Kräfte müssen vielmehr versuchen, die reformistischen Parteien und Gewerkschaften zum Kampf zu zwingen - auch um ihrer Kritik an den Fehlern der Gewerkschaftsbürokratie, der Führungen von SPD und Linkspartei bei deren AnhängerInnen besser Gehör zu verschaffen.

Weiterhin dürfen wir es nicht dabei belassen, ausschließlich den Rechten auf den Straßen entgegenzutreten. Wir begegnen auch in unserem Alltag, an den Orten, an denen wir lernen, arbeiten und leben, faschistischem und rassistischem Gedankengut und solchen Organisationen. Darum ist es notwendig, dass wir uns auch an Schulen, Unis und im Betrieb organisieren. In Dresden versuchen wir von REVOLUTION, vor allem Jugendliche für die Gegenaktivitäten zu mobilisieren, werden hierzu auch einen Infovortrag durchführen und uns mit einem Demotraining auf die bevorstehenden Aktionen vorbereiten.

- Ob rund um den 13. Februar oder an jedem anderen Tag: Verhindern wir die faschistischen Aufmärsche! Für eine antifaschistische und proletarische Einheitsfront! Keinen Fußbreit den FaschistInnen!
- Infos zu den antifaschistischen Gegenaktionen: FB/Revolution Sachsen